



Kontakt:

Der Störenfried

c/o Blaue Welt Archiv
Thiemstraße 13
39104 Magdeburg

eMail: blaue-welt-archiv@web.de
Web: <http://www.black-red.de>
ViSdP: W. Wunderer



Der

Ausgabe
Frühling 2002 **8**

Störenfried

- unabhängig & unerbittlich - Spendenpreis: 1,00 •

Aus dem Inhalt:

Sachsen-Anhalt wählt

Brandanschlag auf Wohnprojekt

München - Eine Stadt im Ausnahmezustand

Argentinien: Die Demokratie auf der Strasse

Wir haben es satt... - Aufruf von Bürgerrechtlern

Helau statt Heil - die Blamage der Nazis in Salzwedel

Inhalt

- 3 Zu diesem Heft
- 4 Sachsen-Anhalt wählt
- 8 Das Wesen der Macht
Die PDS im Wahlkampf
- 10 Brandanschlag auf Wohnprojekt
- 15 Prozess gegen AtomkraftgegnerInnen
- 16 Helau statt Heil!
Die Blamage der Nazis in Salzwedel
- 18 ATTACke!?
Die Globalisierungskritik erreicht Magdeburg
- 20 Kein Naziaufmarsch in Stadtfeld!
- 21 Zitate des Quartals
- 22 Die Demokratie auf der Strasse
Der Aufstand des argentinischen Volkes
- 26 Ein Mensch, ein Revolutionär, ein Radikaler
Carl Görlitz, ein Anarchist aus Magdeburg
- 28 Zeitungsschau
- 30 Globalisierung von unten
Bücherkiste
- 31 Eine Stadt im Ausnahmezustand...
Die NATO-Sicherheitskonferenz in München
- 34 Wir haben es satt...
Der Aufruf (nicht nur) ostdeutscher Bürger
- 36 Spassiger Ernst
- 38 „StadtSchluchten“ - libertäre Poesie
- 40 Krachende Akkorde...
Ansicht X „BassBox“ - eine CD-Kritik
- 42 Politik bizarr
- 44 Termine

Kontaktadressen:

Anti-Castor-Netz Magdeburg

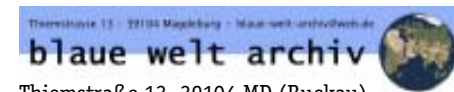
c/o BUND, Olvenstedter Str. 10
<http://www.antiatom.de/magdeburg/>

Arbeitskreis Antifaschismus MD (AKA)

Email: akamagdeburg@crosswinds.net
Postfach 0834, 39104 Magdeburg

Autonomer Zusammenschluß MD

MAGMA, PF1751, 39007 MD
Email: azmagdeburg@hotmail.com
<http://www.az-md.org/>



Theaterstr. 13, 39104 MD (Buckau)
Email: Blauwelt-Archiv@web.de
Web: <http://www.bwa.black-red.de/>
Telefon: 0391/40829081
Öffnungszeiten: mittwochs von 17-19.30 Uhr.

Die Gruppe MD

Informationspool im Web.
Postfach 1943
39009 Magdeburg
Email: mailto@die-gruppe-md.de
<http://www.die-gruppe-md.de>



bes (Bildungsverein Elbe-Saale)

Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Straße 3
Telefon und Fax: 0391/7324980
39108 Magdeburg
<http://www.bildungsverein-elbe-saale.de>
Email: bildungsverein.elbe-saale@t-online.de

Kneipe in der „Ulrike“

dienstags Videoabend, donnerstags
Kneipenabend jeweils ab 17:30 Uhr,
Diesdorfer Str. 15 (Hinterhaus)
Infoladen und A&V täglich von 16 - 20 Uhr



Freie ArbeiterInnen Union MD

(Anarchistische Gewerkschaftsinitiative)
Email: faumd@fau.org

Altmark Antifa

Postfach 1146
29401 Salzwedel
Tel. 0160/8228241
altmarkantifa@hotmail.com

jungdemokratInnen - junge linke

<http://www.jungdemokratinnen.de/lisa>
c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 MD
0177/6378066 (Stefan)
Email: lisa@jungdemokratinnen.de
Büroöffnungszeit jeden Dienstag ab 17.00 Uhr
in der Ebendorfer Str.3

red action magdeburg

<http://www.red-action-magdeburg.de>
red_action_magdeburg@hotmail.com

Rote Hilfe MD

Email: magdeburg@rote-hilfe.de
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rote-hilfe/magdeburg/>



Wabe e.V. (Wohnprojekthaus)

Theaterstraße 13, 39104 Magdeburg
Wabe e.V. hat auch ein eigenes Café mit dem schönen Namen „ThiemBuktu“
Öffnungszeiten:
Infolge des Brandanschlages derzeit noch geschlossen.

Venceremos

Linksradikale Gruppe aus Magdeburg
E-Mail: venceremos_md@gmx.de
Homepage: www.venceremos-md.org

17.-20.05., Jüterbog, „Altes Lager“
<http://www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt/ostpfingstcamp.htm>

Die Frauenbewegung zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Referentin: Dr. Eleonora Pfeifer
Dienstag, 21.05., 17.30 Uhr, einewelthaus MD, Schellingstr. 3-4

Trainstopping

Castortransporte - Filmclub
Freitag, 24.05., 19:00 Uhr im
Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13

Jürgen Habermas

Ist die Begründung von Gerechtigkeit kommunikations- und diskurstheoretisch möglich?

Seminar mit Wolfram Tschiche
Fr./Sa. 24./25.05, einewelthaus MD,
Schellingstr. 3-4

107. Friedensweg

der OFFENen HEIDE
Sonntag, 2. Juni
Treffpunkt und nähere Infos unter:
offeneheide@t-online.de bzw. 0160/
3671896

Gustav Landauers freiheitlicher Sozialismus

Vortrag & Diskussion mit W. Tschiche
Donnerstag, 13.06., 17.30 Uhr,
einewelthaus MD, Schellingstr. 3-4

Palästina: Nationale Befreiung oder Klassenkampf?

Diskussionsveranstaltung auf Basis des Textes „Hintergründe der Intifada des 21. Jahrhunderts“
Schön wär's, wenn ihr bis dahin den Text gelesen habt. Ihr findet ihn unter:
<http://www.wildcat-www.de/zirkular/62/z62aufhe.htm>
Freitag, 14.6., 19.00 Uhr im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

Der Störenfried im Abo

Wer in Zukunft immer aktuell informiert sein will, der kann unsere Kollektion journalistischer Laienkunst auch im Abo beziehen. Dafür braucht ihr euch nun maximal noch bis zum Briefkasten schleppen - und seid trotzdem über den Stand der Vorbereitungen zur Weltrevolution informiert. Allerdings hat das auch seinen Preis: zusätzlich zu den Kopierkosten von 0,80 kommen noch die für die deutsche Pest in Höhe von rund 0,50 Öros. Macht nach Adam Ries und beide Augen zugedrückt 5 Euro für's Jahresabo.

Ist Euch zu wenig? Dann könnt ihr natürlich auch nach Gutdünken mehr Kohle rüberwachsen lassen und damit - ohne weitere eigene Anstrengungen - das Erstarren der revolutionären Klasse in Magdeburg beschleunigen.

Das Geld dann einfach als Schein(e) - notfalls auch Briefmarken - an die Adresse auf der letzten Umschlagseite schicken und schon kommt das Magdeburger Zentralorgan für Agitprop bequem ins Haus.

Anmerkung

Wir möchten Euch an dieser Stelle wieder aufrufen, uns rechtzeitig Eure Termine zukommen zu lassen - Kontaktadressen findet Ihr auf der letzten Umschlagseite. Am günstigsten für uns ist natürlich eine Zusendung per Mail, damit sparen wir uns das mühselige Abtippen.
Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 15. Juni 2002.

Zu diesem Heft

Wie ihr sicher mitbekommen habt, ist dieses Heft - dem allgemeinen Trend entsprechend - teurer geworden. Der Unterschied zwischen den kapitalistischen Preistreibern und uns liegt aber darin, dass ihr bei uns auch entsprechend mehr Inhalt für mehr Geld bekommt. 8 Seiten mehr sind es diesmal geworden - vor allem, weil wir uns nicht getraut haben, den diesmal sehr fleissigen AutorInnen die Veröffentlichung ihrer Artikel abzusagen. Wir hoffen aber, diesen Umfang in Zukunft beibehalten zu können - was nicht zuletzt an Euch liegt, die ihr uns mit Infos und Artikeln versorgt.

Im neuen Jahr ist bisher 'ne ganze Menge passiert. Zum einen gab es diverse erfolgreiche Antifa-Aktionen (siehe dazu die Artikel im Heft), zum anderen scheinen die Betroffenen sich damit nicht abfinden zu wollen. Mit einem Brandanschlag auf das Wohnprojekt in der Thiemstrasse in Magdeburg-Buckau sollten die niedergeschlagenen Glatzen wohl wieder aufgerichtet werden - und sei es auf Kosten des Lebens anderer. (Zu diesem versuchten Totschlag gibt es einen Artikel im Heft.) Zwar gab es noch in der gleichen Nacht eine Gegenreaktion auf die Kneipe des Nazikaders Güttler (die sich in einem *unbewohnten* Haus befindet) und schließlich auch ein Solikonzert im HOT, insgesamt sind sich die meisten über die weitreichenden Konsequenz der Gewalteskalation in Magdeburg noch nicht im Klaren. Wir werden dieses Thema in Zukunft weiterverfolgen (müssen).

Während hierzulande die meisten Menschen die tägliche Verarschung noch (?) weitestgehend widerstandslos entgegennehmen, zeigen uns die ArgentinierInnen, dass es auch anders geht. Innerhalb kürzester Zeit stürzten sie mehrere Regierungen

und leisten bis heute einen selbstorganisierten Widerstand, ohne sich von irgendwelchen PolitikerInnen vereinnahmen zu lassen. Wir haben dazu eine erste Einschätzung im Heft. Der Autor, Eduardo Vior, ist am 5.4. bei uns im Archiv zu Gast und wird über die verschiedenen Organisationsformen des Widerstandes in Argentinien berichten.

Mit dem Beitrag „StadtSchluchten“ haben wir einen weiteren Artikel im Heft, der auf eine Veranstaltung im Archiv hinweist. Erstmals beteiligt sich das Blaue Welt Archiv mit dem Bielefelder Autorengespann R. Burnicki und M. Halfbrodt an den Magdeburger Literaturwochen. Die beiden Autoren werden am 10. Mai *Libertäre Poesie* aus ihrem neuen Buch zum besten geben. Wir hoffen, damit einen Startschuss für weitere künstlerische Veranstaltungen im Archiv gegeben zu haben - schließlich ist der Sozialismus/die Anarchie in erster Linie eine Kulturfrage...

Ansonsten möchten wir Euch wie immer einladen, uns Eure Berichte, Analysen, Veranstaltungshinweise und Kritiken zuzusenden. Alle AutorInnen (und solche, die es werden wollen) sind zu unserer öffentlichen Redaktions Sitzung am 19. Juni um 19.30 Uhr eingeladen.

Freiheit & Glück wünschen

die Störenfriede

Das Titelbild und die anderen Fotos zu den Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch in Salzwedel hat uns „randbild-pressefoto“ (www.randbild.de) zur Verfügung gestellt. An dieser Stelle nochmal vielen Dank für die wirklich guten Fotos!

Sachsen-Anhalt wählt...

...oder auch nicht

Im April diesen Jahres wird in Sachsen-Anhalt zum vierten Mal seit 1990 gewählt. Damals gewann die CDU und der erste Ministerpräsident, Werner Münch, mußte zurücktreten, nachdem bekannt wurde, dass er all zu großzügig war, wenn es um seine Bezahlung ging. Die erste Regierung des Landes legte den Grundstock für die gegenwärtige horrenden Verschuldung. Die Sozialdemokraten führten die schlechte Arbeit ihrer Vorgänger dann nach bestem Wissen und Gewissen fort. FDP und Grüne flogen berechtigter Weise aus dem Landtag, dafür zog in der dritten Legislaturperiode dann mit knappen 13% die DVU ins Parlament ein.

Die Frage -Wählen gehen oder nicht?- soll hier nicht diskutiert werden. Beides, Wahlboykott oder Stimmabgabe haben bisher keinen besonderen Einfluss auf die Landespolitik gehabt, denn es ist bislang noch keiner Regierung in Sachsen-Anhalt (S-A) gelungen, die sozialen Verhältnisse wesentlich zu verbessern oder den Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen. Was ihr also mit eurem Wahlrecht anfangt ist eure Sache, eine offene Diskussion darüber kann bestimmt nicht schaden. Wer letztendlich das Rennen macht, wissen noch nicht mal die Demoskopen genau. Zum Einzug in den Landtag braucht man mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen oder drei Direktmandate. Für die großen drei, also CDU, SPD und PDS dürfte dies kein Problem sein. Inter-

sant wird die Frage, welche der Splitterparteien, also FDVP, FDP, NPD, Grüne, Pro DM oder PRO (Schillpartei), Chancen auf den Sprung ins Parlament haben.

CDU

Sie ist die Partei mit Aussicht auf die meisten Stimmen. Das verwundert einigermaßen, schließlich ist sie für die miserable finanzielle und wirtschaftliche Situation im Land ganz entscheidend mit verantwortlich. Die Verantwortung dafür endet nicht damit, dass man aus der Regierung fliegt, allerdings ist das Wählergedächtnis kurz. Von dem Schock des Machtverlustes hat sich die CDU immer noch nicht ganz erholt. Sie ist nach wie vor ein Sammelsurium aus ehemaligen Mitgliedern der Reformbewegung der DDR, echten und vermeintlichen Christen, ehemals systemtreuen Blockflöten aus der Zeit der SED-Herrschaft und denen, die die neue Rechte noch zu rüpelhaft ist. Ein spezifisch landespolitisches Profil hat sie

nicht aufzuweisen und bundespolitisch haben CDU-Leute von hier keinen nennenswerten Einfluss. Spitzenkandidat Böhmer verfügt über keinerlei Medienkompetenz und ist selbst in S-A wenig bekannt. Die klassischen Themen der CDU, Wirtschaft und Sicherheit, werden in diesem Wahlkampf auch von allen übrigen Parteien besetzt. Wenn die CDU Wahlsieger in S-A wird, dann eher wegen der Schwäche anderer Partei-



Liebe Stalinfans!
Bei Frau Schill macht ihr
bitte 'ne Ausnahme?!

Gerechte Kriege?

Diskussionsrunde mit Samira, die mit einem Farbbeutel auf einem Parteitag der Grünen eine deutliche Position gegen die Kriegspolitik deutscher Parteien bezogen hat.

Dienstag, 23.04.2002, 19.30 Uhr im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

Tschernobyl-Aktion

26.04. gegen 15:00 in der Magdeburger Innenstadt

Infos: www.antiatom.de/magdeburg/

„Kasa“-Konzert in der „Ulrike“

27.04., 21.00 Uhr, Magdeburg, im Café (Vorderhaus)

Es spielen „Kasa“ (Punk) sowie eine weitere Band

Infos: www.az-md.org

„Wer kämpft kann verlieren! Wer nicht kämpft hat schon verloren!“

7. Revolutionäre 1. Mai Demonstration
Mittwoch, 1. Mai, 14.00 Uhr Theatervorplatz (Nähe Hbf) Dessau

Infos: e-mail: querkopf@t-online.de
infoline: 0178/ 288 37 35

Sozialer Humanismus – Grundwert linker Programmatik und Politik

Vortrag und Diskussion mit Prof. Helmut Seidel, Leipzig

Freitag, 03.05., einewelthaus, Schellingstr. 3-4, Magdeburg

Solikonzert mit 4 Bands für die Opfer der Repression in München

Freitag, 03.05., 19.00 Uhr im C7
Nähere Infos unter www.black-red.de

That Spring 2002 – Festival

04.05. Magdeburg, Bike Inn
Bands: Das Ich, Dead Poets Society, Violet, Absurd Adventures, u.a.
Infos: www.gothics-nature.de

106. Friedensweg der OFFENen HEIDE

Sonntag, 5. Mai, 14 Uhr Treffpunkt:

Vollenschier, Kirche
Konzert mit Detlef Weißenborn (Percussion), Magdalena Engel (Cello), danach 5 km Wanderung in die Bauernheide

Infos unter <http://www.offeneheide.de> bzw. 0160/3671896

Wer den Faschismus nicht will, kann diesen Staat nicht dulden!

Aktionstage anlässlich des 10. Todestages von Thorsten Lamprecht

Mittwoch, 08.05., 17.00 Uhr (Vortreffpunkt: 16.00 Uhr Olvenstedter Platz): Kranzniederlegung an Thorstens Grab am Neustedter Friedhof

Samstag, 11.05., 14.00 Uhr Hauptbahnhof: Demonstration: „Faschistische Opfer sind nicht nur Zahlen, sondern haben Gesichter!“

Weiter sind geplant: ein Fußballturnier, Infoveranstaltungen und ein Konzert.
Infos: www.az-md.org

StadtSchluchten

Libertäre Poesie von und mit Ralf Burnicki und Michael Halfbrodt aus ihrem Buch „die wirklichkeit zerreißen wie einen mißlungenen schnappschuß“.
Freitag, 10.05., 20.00 Uhr im Blaue Welt Archiv

Rudolf Hilferding

Nationalökonom und demokratischer Sozialist
Vortrag & Diskussion mit W. Tschiche
Donnerstag, 16.05.02, 17.30 Uhr, einewelthaus MD, Schellingstr. 3-4

„Wer campt kann verlieren, wer nicht campt, hat schon verloren!“

Linkes antirassistisches PfingstCamp von JungdemokratInnen-Junge Linke BB, Sachsen & Sachsen-Anhalt

ine - Termine - Termine - Termine - Termine - T

Argentinien:

Die Demokratie auf der Strasse

Der Aufstand des argentinischen Volkes im Dezember 2001

Vortrag und Diskussion mit Dr. E. J. Vior
Freitag, 05.04., 19.00 Uhr im Blaue Welt
Archiv, Thiemstraße 13

desaster area part 3

06. 04. Nazi-Aufmarsch der „freien
Kameradschaften“ in Leipzig verhindern!
Info: www.left-action.de

Dazu soll es einen Motorradcorso unter
dem Motto „1000 Motorräder für Leipzig -
Rassismus ist der Tod einer freien Gesell-
schaft“ geben.

Infos: www.kuhle-wampe.de

Straßentheater „Gerichtsprozess“

09.04., 13:00 Magdeburg, Treffpunkt beim
BUND

Infos: www.antiatom.de/magdeburg/

Pjotr Alexejewitsch Kropotkin

Ein bedeutender Vertreter des
förderativen Anarchismus
Vortrag mit Diskussion, Referent: Wolfram
Tschiche

Donnerstag, 11.4., 17.30 Uhr im Magde-
burger einewelthaus, Schellingstr. 3-4

Rhetorik Seminar I

Tipps & viel handwerkliches zum Thema
Diskussionsbeiträge und Vortrag
12.-14.04. 2002 in der JH Halle

Infos: www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt/

„1. Mai“-Veranstaltung

Vortrag & Video zur Geschichte des
ArbeiterInnen-Kampftages.

13.04.2002 15.00 Uhr im Café „Ulrike“
(Vorderhaus)

„Staatliche Repressionen“

u.a. am Beispiel AtomkraftgegnerInnen
MontageCafé im Blaue Welt Archiv
(Thiemstr. 13)

Montag, 15.04., 18.30 Uhr

Infos: www.antiatom.de/magdeburg/

„Tschernobyl und die DDR“

Tagung von Greenkids, Fachhochschule
Magdeburg und Friedrich-Ebert-Stiftung
Sachsen-Anhalt

Freitag, 19.04. ab 15:00 Magdeburg,
Roncalli-Haus

Infos: www.antiatom.de/magdeburg/

„Naziaufmarsch verhindern“

Das „Nationale und Soziale Aktions-
bündnis Westthüringen“ ruft auf zum
Naziaufmarsch

20.04. Weimar

Infos: www.left-action.de

Regierung stürzen!

Demonstration

20.04., Genthin

Infos: www.az-md.org

Crossover Seminar

Macht & Herrschaft - Nation, Patriarchat,
Kapitalismus, Heterosexismus, Antisemi-
tismus und Rassismus

Workshops, Diskussionen, Widerstands-
formen

19.-21. April 2002, Schule für Erwach-
senbildung, Gneisenaustrasse 2a, 10961
Berlin

Weitere Infos unter 030-61625909 oder
www.summercamp.squat.net



*Selbst beim Grenzen öffnen soll
Deutschland wieder den Anfang
machen!*

wird kein Problem werden, da das ca.
15%ige rechtsradikale Wählerpotential in S-
A nun wieder beruhigt CDU wählen kann.
Einzige Gefahr auf dem rechten Flügel wird
für die CDU die Schillpartei PRO sein, ob-
wohl es der CDU lieber ist, wenn Wähler zur
PRO als zur NPD oder anderen desertieren,
denn die PRO wäre im Gegensatz zu ande-
ren Splittergruppen als Koalitionspartner
willkommen, falls die FDP es nicht in den
Landtag schaffen sollte und die SPD lieber
mit der PDS ins Bett gehen will.

Die wichtigsten Verbündeten der CDU sind
hier der MDR, die Volksstimme (mit Elbe-
report, Generalanzeiger etc.), die nach der
Wende schnell mit loyalen Parteisolddaten
besetzt, bzw. von einem der CDU sehr nahe
stehenden Verlagshaus aufgekauft wurden.

SPD

Die SPD hat den Höppner-Bonus. Höppner
hat eindeutig mehr Charisma als die mei-
sten seiner Gegner. Da Wahlkämpfe als Re-
aktion darauf, dass die Parteien sich im-
mer ähnlicher werden, immer mehr auf ein-
zelne Führerpersönlichkeiten zugeschnitten
werden, hilft ihm das. Die wirtschaftliche
miserable Situation wird aber, ob das nun
sachlich richtig ist oder nicht, der SPD an-

en, bzw. weil
sie evtl. vom
Trend im Bun-
destagswahl-
kampf profi-
tieren kann.

Dass die CDU
in der vergan-
genen Legisla-
turperiode re-
gelmäßig mit
FDVP und DVU
gemeinsam
gestimmt hat,

gelastet werden. Es wird spannend werden,
hinter welchen potemkinschen Dörfern die
Sozis ihr Versagen verstecken werden. Im Be-
reich der Wirtschaftspolitik werden sicher-
lich Köpfe rollen, Frau Buddes Tage sind
gezählt.

Anders dagegen verhält es sich mit der in-
neren Sicherheit. Innenminister Püchel ist
wenig zimperlich, wenn es darum geht,
Freiheitsrechte so weit wie möglich zu be-
schneiden. Er wird sich dieses Gebiet auch
nicht streitig machen lassen und ähnlich wie
Schily auf Bundesebene versuchen, die Kon-
servativen rechts zu überholen.

Im Bereich
der Bildungs-
politik wird
vielleicht
auch ein
Wechsel
stattfinden.
Es gibt bisher
unbestätigte
Gerüchte,
dass der ge-
genwärtige
Rektor der
Uni Magde-
burg, Prof.
Pollmann,
den Job von



*Jetzt soll'n schon unsere lieben
Kleinen arbeiten?!*

Gerd Harms haben will. Ein deutliches Indiz
dafür ist sein vorausseilender Gehorsam ge-
genüber SPD-Ideen wie z.B. Püchels Raster-
fahndung gegen ausländische Studierende.
Unterstützung könnte dabei vom Rektor der
Hochschule Magdeburg Stendal kommen –
Geigers und Püchels essen gerne mal zusam-
men. Für die Bildungspolitik des Landes
wäre das eine Katastrophe. Da die Bildungs-
politik wegen der PISA-Studie neben Wirt-
schaft und Finanzen ein wichtiges Thema
im Wahlkampf werden wird, wird es span-

nend, was die SPD hier für Aussagen treffen wird.

PDS

Die PDS macht derzeit eine Wandlung durch. Sie wiederholt im Zeitraffer die Fehler der Grünen, die mit dem Abschied von Pazifismus, Gesellschaftskritik usw. derart an Profil verloren haben, dass sie sich als Partei selbst überflüssig macht. Die PDS in S-A rückte deutlich hin zur neuen Mitte und dokumentierte dies z.B. durch den Wahl von Eva von Angern auf einen vorderen Listenplatz. Sie verkörpert genau das stromlinienförmige Image, um das sich die PDS mit wahrhaft selbstzerstörerischer Leidenschaft bemüht: ganz gemäßigt, ein ganz kleines bißchen links von der SPD und für eine Regierungsbeteiligung für jeden Kompromiß zu haben.

Die PDS wird sich anstrengen müssen, wenn sie nicht nur als biedere Rentnerpartei Punkte sammeln will. Ostalgie und Wagenknechttheater reichen nicht für die angepeilten 20%. Die wirtschaftliche Misere im Land wird ihr von allen anderen Parteien zur Last gelegt werden. Falls die PDS als Juniorpartner der SPD an der Regierung beteiligt wird, wird das Projekt des demokratischen Sozialismus wohl endgültig scheitern.

FDP

Die FDP ist wie eine Seifenblase. Innen ist nur heiße Luft, aber so schillernd kann sie niemand anderes verkaufen. Frau Pieper kultiviert den gepflegten Größenwahn und sieht sich als zukünftige Ministerpräsidentin. Dies wäre wohl das Schlimmste, was diesem Land passieren kann. Besondere Inkompetenz beweist die FDP auf Gebieten, wo sie angeblich Spitze ist. Selbst gestandene Politikwissenschaftler glauben immer noch

an das Märchen von einer FDP, die in Wirtschaft und Bildung besonders fähig wäre. Schaut man sich die Bilanz der Ministerien



Die geplagten Studenten werden sich freuen...

an, die mal von FDP-Leuten geleitet wurden, dann bietet sich ein katastrophales Bild, egal ob auf Bundes- oder Landesebene. Die FDP hofft auf eine insgesamt niedrige Wahlbeteiligung und eine möglichst umfassende Mobilisierung ihrer Wählerschaft, denn dann sind auch zehn Prozent nicht unmöglich.

Die Grünen

Der Landesverband der Grünen ist zwar ehrlich bemüht, aber chancenlos. Ebenso wie auf Bundesebene haben die Grünen ihr Profil verloren und haben in S-A anders als z.B. in Berlin oder anderswo keine Stammwählerschaft. Sie haben genau so wenig wie die FDP zu sagen, allerdings verkaufen sie sich erheblich schlechter und so werden im nächsten Landtag wohl auch wieder keine

Unser grosses Preisausschreiben

Folgendes – wie wir finden – für unsere Epoche besonders markante Foto fanden wir in unserer "Heimatzeitung mit Herz". Soweit nicht weiter spektakulär. Anders jedoch die Bildunterschrift. Wir möchten daher wissen, mit welcher Bildunterschrift das Titelfoto vom Ost-Parteitag der SPD der Ausgabe vom 11.3.02 von der Redaktion versehen wurde. Hier die Auswahlmöglichkeiten:

- Josef Wissarionowitsch Schröder hat soeben nach der Bekanntgabe der neuesten Wahlprognosen die Wiedereinführung der Einparteienherrschaft verkündet. Erleichterung bei den Delegierten und langanhaltender stürmischer Beifall. Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen. Hochrufe auf den grossen Vorsitzenden erschallen.
- Bundeskanzler Schröder hat soeben von den letzten Kontenbewegungen der Kölner Ortsgruppe erfahren und spendiert eine Saalrunde. Die Delegierten erheben sich in Dankbarkeit von ihren Plätzen, Genosse Höppner bringt spontan einen Toast auf den Schatzmeister aus.
- Schröder amüsiert sich köstlich über den naiven Glauben seiner Ost-Statthalter an den Aufschwung Ost.

Die richtige Lösung sendet ihr an die Redaktion, Kennwort: Lakeien. Als Preis winkt eine Reise nach Nordkorea - auf eigene oder Partei-Kosten, versteht sich.



Auflösung:

Keine der drei Antworten ist korrekt. Richtig hingegen muss es heissen: "Der Bundeskanzler versprühte gute Laune."

Kleine Freuden

In Spanien verprügeln sich lokale und nationale Polizeieinheiten gegenseitig. In Madrid gab es Polizei-Riots. Die lokalen Polizeibeamten wollten eine Demonstration zum Rathaus durchführen, um Lohnerhöhungen u.ä. zu fordern. Wegen der langsamen städtischen Bürokratie jedoch wurde die notwendige Demonstrationserlaubnis nicht rechtzeitig ausgestellt. Konsequenz: die „illegale“ Demo wurde von nationalen Polizeieinheiten, die nicht der Stadt sondern dem Innenministerium unterstehen, aufgelöst. Dies geschah mit Hilfe von Knüppeln und Tränengas. Bilanz: dutzende verletzte Polizisten der verschiedensten Richtungen.

Da freut sich das kleine anarcho-Herz!

Neue Herausforderungen für Tierschützer

Nach den Ergebnissen einer Umfrage ist nach den Terroranschlägen der Anteil derjenigen US-Amerikaner, für die »die Führer von Nationen und ihre Anhänger«, die gegen Amerika kämpfen, »nicht besser als Tiere« sind, von 38 Prozent auf 52 Prozent der Bevölkerung gestiegen. Das dürfte diesen Vertierten aber nicht unbedingt zum Nachteil gereichen. Schließlich spielt der Tierschutz bei den BewohnerInnen der USA eine nicht zu unterschätzende Rolle auf der Werteskala. Damit dürften die Tierschützer zu den wohl wichtigsten potentiellen Bündnispartnern der Friedensbewegung im Kampf gegen die Tierquälerei von der US Air Force avancieren!

Quelle: »American-Statesman« vom 27.9.01

Direkte Aktionen lohnen!

Manchmal aber auch nicht. Das bewiesen mehrere Beschäftigte der Burger King

Filiale in Frankfurt/Main. Sie griffen am 16.1. das Lokal ihres (Ex-)Ausbeuters an und zerschlugen mit Eisenstangen das Mobiliar. Weniger Phantasie entwickelten die KlassenkämpferInnen jedoch bei ihrer Flucht. Die Polizei konnte das Fluchtfahrzeug sehr frühzeitig sicherstellen. Dessen Besitzer wollte das Fahrzeug bei der Polizei als gestohlen melden. Als er dort in Begleitung seiner Kollegen auftauchte, wurden sie alle wegen ihrer „direkten Aktion“ festgenommen. Der Betriebsleiter der Fast-Food-Bude denunzierte die Angreifer bei der Polizei und gab als Motiv an, dass sie aus Solidarität mit einem entlassenen Kollegen gehandelt hätten.

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 18.1.02

Von der Stasi lernen...

...heißt verlieren lernen. Sollte man jedenfalls meinen. Diese hatte zwar sämtliche Opposition nahezu vollständig durchgesetzt, konnte aber dennoch den Zusammenbruch ihrer Herrschaft verhindern. Das schreckt die Kollegen vom VS aber nicht ab, in ihren Fusstapfen zu treten. Rund 100 V-Männer soll es in der NPD geben, berichtet die Süddeutsche Zeitung. „Es gab Kundgebungen, da soll die Hälfte der Teilnehmer aus V-Leuten bestanden haben“, berichtet der Vorsitzende der baden-württembergischen Gewerkschaft der Polizei, Dieter Berberich. Der Spiegel (5/2002) gibt den entscheidenden Hinweis, wie man der Naziplage endlich wieder Herr werden kann: „die Beamten könnten manche Parteigruppierung durch einfache Mehrheitsentscheidung ihrer V-Leute auflösen lassen.“

Grünen sitzen, was aber auch keinen wirklichen Verlust bedeutet.

Die PRO

Die Schillpartei wird hier von einem Herrn Marseille geführt. Er geriet schon mehrmals in Zusammenhang mit einem Finanzierungsskandal in die Schlagzeilen und ist nicht gerade ein Aushängeschild für die Inhalte, die seine Partei eigentlich vertreten will. Insgesamt scheint es sich bei der PRO in S-A um ein Konglomerat verkrachter Existenzen zu handeln. Enttäuschte Protestwähler, Ultrakonservative und Orientierungslose versuchen ihre eigene Unsicherheit in einer Partei zu überwinden, die komplexe Zusammenhänge in Politik und Gesellschaft trivialisiert und nach Rambo-Manier lösen will. Ihr Kernfeld Sicherheit ist schon von Püchel und Böhmer besetzt. Der millionenschweren Skandalnudel Marseille traut niemand ernsthaft wirtschaftliche Kompetenz auf Landesebene zu, es gibt eigentlich nicht viel, womit diese Partei punkten kann. Selbst der Parteigründer



Die PDS wird modern - Wahlaussagen von beeindruckender Schlichtheit!

Lenin lebt!

...und steht sogar zur Wahl - in Sachsen-Anhalt. Er hat sich zwar einen neuen Kampfnamen zugelegt und kandidiert nicht für die KPR sondern die DKP. Aber uns kann er nicht täuschen!



Ronald Schill ist nicht mehr ausreichend in den Medien präsent, so dass er der PRO in S-A auch nicht viel helfen wird. Auch diese Partei kann eigentlich nur bei einer niedrigen Wahlbeteiligung und totaler Mobilisierung der Unzufriedenen mit einem Einzug in den Landtag rechnen.

Der Rest

Es gibt noch einige nette Grüppchen, die gerne Wahlkampfkostenerstattung kassieren wollen. Ob sie es schaffen, die dazu notwendige 0,5%-Hürde zu schaffen, hängt wohl auch von der Wahlbeteiligung ab. Ganz heiße Kandidaten auf ein paar Euro sind die NPD und die Pro DM. Die anderen Ritter der Kokosnuß müssen noch viel und laut klappern, bevor sie überhaupt gehört werden.

Das Wesen der Macht

Die PDS im Landtags-Wahlkampf

Am ersten Märzwochenende war Wahlkampfauftakt in Magdeburg. Nachdem Schill seine Jünger am Freitagabend ins AMO gerufen hatte (dem Ruf sind aber nicht nur diese gefolgt – siehe Bericht auf Seite), hatte die PDS am folgenden Tage zur Diskussion geladen. Gleichzeitig hatte die Junge Welt eine Podiumsdiskussion mit dem Thema "Die PDS träumt von der Macht" einberufen.

Während mich die im Zeichen des Wahlkampfes stehend erste Veranstaltung kaum vom trauten Heim weglocken konnte, wollte ich doch mal sehen, wie z.B. Sahra Wagenknecht die Wählbarkeit der PDS begründen würde. Ausserdem waren mit dem Erfurter Gewerkschafter und Antifaschisten Angelo Lucifero und einer "Vertreterin der Magdeburger Antifa" noch zwei weitere Menschen geladen, auf die ich ebenfalls neugierig war. Während letztere gar nicht erst erschienen ist war der Auftritt von Lucifero der einzige, der die zwei-stündige Veranstaltung interessant machte.

Sahra Wagenknecht wies zunächst darauf hin, dass die Regierung nicht identisch mit der Macht sei und kritisierte die derzeitigen Verrenkungen der PDS, die sie für die Teilhabe an der Regierung verüben muss, hat aber grundsätzlich nichts gegen Regierungsbeteiligungen einzuwenden. Erste Aufgabe der PDS

wäre es dann aber, die Umverteilung des durchaus vorhandenen Reichtumes nach unten durchzusetzen. Deswegen würde die PDS auch gewählt.

Matthias Höhn, Mitglied des Landesvorstandes der PDS in Sachsen-Anhalt und Kandidat für die Landtagswahlen, sah das

ganze etwas pragmatischer. Ziel des hiesigen Tolerierungsmodelles sei es gewesen, das "Tor für Regierungsbeteiligungen der PDS" generell aufzustoßen. Die PDS wollte damit ihre "Politik-

fähigkeit" unter Beweis stellen. Und in diesem Stil ging es weiter – Höhn hat in den Rhetorik-Seminaren für angehende Parteikader gut aufgepasst und beherrscht das Einheits-Polit-Vokabular mittlerweile wohl perfekt. Sein Ziel im Landtag wäre dann auch u.a. "Unternehmen günstige Bedingungen zur Verfügung zu stellen". Dass dazu am anderen Ende gespart werden müsste, ist ihm durchaus klar, dann erwartet er "dass die Gewerkschaften gegen die PDS auf die Strasse gehen", sonst wäre er von diesen enttäuscht. Bleibt die Frage, was dann der Nutzen einer "linken" Partei in der Regierung wäre – oder kann es sein, dass die seine "Politikfähigkeit" - und die der PDS insgesamt - nur noch Selbstzweck ist?

Angelo Lucifero konnte dazu aus seinen Erfahrungen mit der Landtagsfraktion der PDS in Thüringen beisteuern, die nur noch darauf aus sei, die Macht zu verwalten.

"Es liegt im Wesen der Macht, nicht nur ihre Erhaltung mit allen Mitteln zu verteidigen, sondern sich materiell und ideell immer stärker zu machen, ja, ihre Ausdehnung und Kräftigung als einzigen Inhalt allen ihren Handlungen zugrunde zu legen."

Erich Mühsam

Etwas zu den Texten. Es wird eigentlich alles behandelt, was Mensch heute so betrifft. Unüberhörbar ist der Ruf nach einem selbstbestimmten freiheitlichen Leben, das den heute immer enger gezogenen gesellschaftlichen Zwängen Widerstand entgegengesetzt. Den Älteren unter uns dürfte ja einiges in der neudeutschen Politik merkwürdig bekannt vorkommen, nur etwas anders gelagert und schwerer erkennbar unter all dem falschen Glanz und Glimmer.

Das entfaltbare Booklet bietet alle Informationen über »Ansicht X«, inclusive der Texte. Also anhören, ansehen und mitlesen.

Nach etwa 37 Minuten ist das Hörerlebnis leider schon beendet, dafür aber eine runde Sache. Man wünscht sich mehr von dieser Band!



blackgreg

Kontakt:
0391/5617791 oder 0172/5889031
annimo42@freenet.de

Anzeige



VINYL CD VIDEO SHIRTS FIRST & SECOND HAND
MD HEIDESTRASSE 36 MO-FR 11-19.00 DO - 20.00 SA 10-14.00 UHR

Krachende Akkorde & Schrei nach Leben

Die CD »BassBox« der Magdeburger Band »Ansicht X«

Ein Rock-Sonett für Ansicht X

Akkorde dröhnen krachend in den Raum, die Bässe und die Drums sind Unterbau, darüber kreischt die Stimme einer Frau - Akustisch kann man Texte ahnen kaum.

Die blonde Mähne wirbelt in das Grau der Nacht, wie Blitzlicht dringt durch Donnerraum manch Lyrikfetzen bis zum Ohrensäum der Tanzberauschten im Kulissenbau.

Ein Livekonzert ist nicht ganz ungefährlich, ist man auf Texte aus und auf Verstehen, doch ist beim Rock die Rhythmik unentbehrlich.

Hast du Bedarf die Verse einzusehen? Musik und Text sind auf CD erhältlich. Durch Hören ist so Klarheit im Entstehen.



Der Kritiker hat sich also die Scheibe »BassBox« der Magdeburger Band »Ansicht X« besorgt um sich über die Aussagen der überwiegend von der Sängerin selbstgeschriebenen Texte kundig zu machen. Denn live war von Text nicht viel zu hören, was sicherlich auch am akustisch unmöglichen Raum im Buckauer HOT gelegen hat. Doch meine Neugier war geweckt, denn musikalisch sind die »Fab Four« aus Mabu, geschart um Sängerin Annie mit Imo (Gitarre), Olli (Bass) und Drygi (Drums) gut drauf und einige Textfetzen waren trotz des allgemeinen Gedröhns und der massiv ausgebrochenen Tanzwut noch zu verstehen.

Zuerst aber zur Musik, die im Alleingang von Gitarrist Imo komponiert wird, um dann in Kollektivarbeit von der Band Bühnenreif arrangiert zu werden. Was auch live sofort auffällt: die Mannen um Annie liefern ein perfektes Zusammenspiel, die beste und unverzichtbare Grundlage im Rock, ohne besonders virtuose Aktivitäten zu entwickeln. Das wirkt sich auch auf die Länge der Songs aus, die erfrischend kurz und prägnant gehalten sind und sich in ihrer Machart regelrecht den aussagekräftigen Texten anschmiegen. Musikalische Grundlage der Band ist unüberhörbar der Punk-Rock, aber mit vielen interessant arrangierten Anleihen bei anderen Stilen.

Da werden auch schon mal gewerkschaftliche Forderungen nach 100% Westtarif im Osten vom PDS-Fraktionschef als "Irrweg" verworfen, statt – wie Lucifero forderte – die Gewerkschaften von links unter Druck zu setzen, aktiver zu werden. Auch die PDS ändere nichts an der Tatsache, dass die Demokratie vor dem Werk- tor aufhört.

Das Landtags-Wahlprogramm der PDS strotze nur so vor Allgemeinplätzen und wäre bei der SPD in Baden-Württemberg bestimmt radikaler ausgefallen. Die Frage des Moderators, ob die PDS auf dem Wege zur Sozialdemokratie wäre, verneinte Lucifero jedoch ganz entschieden: die PDS sei auf dem Wege zur SPD aber nicht zur Sozialdemokratie. Wäre letzteres der Fall, dann würde er Wahlkampf für die PDS machen. Links zu sein, heisst eben nicht, sich den Verhältnissen zu ergeben und die Misere mitzuverwalten (wie die PDS in Berlin), das ist lediglich konservativ.

In einer Broschüre "10 Jahre Antiras- sismus/Antifaschismus" (könnt ihr im Archiv einsehen) hat Lucifero auch die Auseinandersetzungen mit der PDS-Führung wegen seiner Solidarität mit dem geschassten PDS-MdL Steffen Dittes dokumentiert, die ein deutliches Zeugnis fortgeschrittener "Politikfähigkeit" der PDS geben. (Dittes hatte für die Erfurter Antifa im Herbst letzten Jahres eine Demo unter dem Motto "Es gibt 1000 gute Gründe, Deutschland zu hassen" angemeldet.)

Und wenn man sich die Äußerungen von Hans-Werner Brüning im PDS-Basisblatt zur letzten Antifa-Demo in Magdeburg anschaut, kann man leicht feststellen, dass Opportunismus keinen Einzelfall in der PDS-Politik darstellt.

Lucifero betonte deswegen auch "froh zu sein, nicht wählen zu dürfen"

(Lucifero ist italienischer Staatsbürger) und zitierte Erich Mühsam (Kasten).

Aus dem Publikum (ein Großteil PDS-Opis und Omis) gab es vor allem kritische Stimmungen zum Entschuldigungs- marathon der PDS für Mauer, Zwangsvereinigung... im Vorfeld der Berliner Wahlen. Ihnen sprach vor allem die Wagenknecht aus dem Herzen und wegen ihr sind sie wohl vor allem erschienen. Bleibt zu hoffen, dass ihr das auf die Dauer nicht reicht und sie die von ihr geforderte Diskussion über eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus mit vorantreibt.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion gab es dann ein Konzert mit Konstantin Wecker sowie Gerardo Alfonso. Vor allem ersterer lockte auch zahlreiche nicht so sehr an Parteipolitik interessierte MagdeburgerInnen ins AMO. Herausragend für mich war dabei vor allem die radikale und kompromißlose Anklage der herrschenden (Kriegs-) Zustände, die sich die PDS nach der nächsten Legislaturperiode hoffentlich nicht selbst ins Stammbuch schreiben muss. (cx.)



Feiger Brandanschlag auf Wohnprojekt

Die 14 BewohnerInnen des Projekthauses in der Thiemstraße 13 schliefen bereits, als gegen ein Uhr nachts aufmerksame Nachbarn Klingelalarm schlugen: Im Erdgeschoß des Hauses brannte es, Flammen schlugen aus den Fenstern des Jugendtreffpunkts „Thiembuktu“. Diese Nacht - vom 27. zum 28. Januar 2002 - wird wahrscheinlich keineR der jungen MieterInnen je vergessen. Innerhalb weniger Minuten standen sie alle auf der Straße und mußten mit ansehen, wie der selbstverwaltete Treff völlig ausbrannte, bevor die Feuerwehr anrückte. Das Feuer verursachte einen großen Sachschaden und, so die BewohnerInnen, auch einen „ideellen Schaden“, denn unzählige Stunden ehrenamtlicher Arbeit stecken in diesem Projekt. Selbst viel vom Mobiliar und der Ausstattung gehörte den ProjektteilnehmerInnen selbst.

Nach polizeilichen Erkenntnissen und Berichten der Hausleute haben die bislang unbekanntes Täter die Scheiben des „Thiembuktu“ mit einem Nothammer eingeschlagen, und dann mit einer leicht brennbaren Flüssigkeit das Feuer gelegt. Die Gefährdung von Menschenleben wurde dabei nach Einschätzung einer Bewohnerin bewußt in Kauf genommen.

Nachbarn beobachteten drei Täter, die in Richtung eines unbefestigten Parkplatzes flüchteten und von dort wahrscheinlich mit einem Auto entkommen konnten. Obwohl die Polizei nur ein bis zwei Minuten später eintraf, führte eine sofort eingeleitete Suchaktion nicht zum Erfolg. BewohnerInnen berichteten zudem, daß die Beamten bei der Spurensicherung nicht sorgfältig vorgehen. Die Tatwerkzeuge - Hammer und Brand-

beschleunigerflasche wurden fast übersehen.

Das Projekthaus besteht seit August 2000 und wird vom Verein WABE (Wohnen · Alternativ · Bezahlbar · Eigenständig) getragen. Hauptziel des Vereins ist es, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit schmalen Geldbeutel kostengünstig Wohn- und Projekträume zur Verfügung zu stellen. Die Projekträume - das abgebrannte „Thiembuktu“ und das benachbarte alternative „Blaue Welt Archiv“ geben Jugendlichen aus dem Stadtteil die Möglichkeit, sich zu treffen, zu informieren oder sich kulturell, politisch-demokratisch oder sozial zu engagieren. Zwei mal wöchentlich haben HausbewohnerInnen im „Thiembuktu“ einen Cafe-Abend angeboten. Außerdem nutzten die „JungdemokratInnen/Junge Linke“ sowie das „Anti-Castor-Netzwerk Magdeburg“ den Treff regelmäßig. Jeden Dienstag haben Fachhochschüler eine „unabhängige und kostenlose Sozialhilfebberatung“ angeboten.

In einer Pressemitteilung schreibt der Trägerverein: 'Ob wir aufgrund unserer Projekte, die nicht nur für linksorientierte Jugendliche, sondern für alle engagierten, motivierten Jugendlichen offen standen, Angriffsziel der Täter geworden sind, muß den Ermittlungen der Polizei überlassen werden. Trotz des immer noch tiefsitzenden Schocks, daß bei diesem Anschlag unser Leben in Gefahr war, setzen wir unsere Kraft für die Umsetzung des Konzeptes „Alternativ Leben und Wohnen“ ein und sagen ganz klar: „Wir machen weiter!“. Wir bedanken uns für die bereits entgegengebrachte Solidarität von anderen Initiativen und der

geschriebene wurde, war die Brisanz, die die "nationale Frage" in den folgenden Jahren (Bitburg, Historikerstreit etc.) erlangen sollte, noch nicht abzusehen, wenngleich der Entstehungszeitpunkt des Textes darauf hindeutet, daß sich der wiedererwachende Nationalismus bereits in "atmosphärischen Schwingungen" bemerkbar machte (z.B. in der Friedensbewegung) und eine Reaktion herausforderte.

Der Halbrodt-Text "Schnee von gestern" ist 1993 entstanden, ein Jahr nach den Ereignissen von Rostock-Lichtenhagen, die den Auslöser bildeten. Dennoch ist es kein Gedicht über dieses Ereignis, sondern Ausgangspunkt für eine Reflexion über seine Entstehungsbedingungen - ein Versuch, es in Beziehung zu setzen zur kapitalistischen Normalität, als verdichteter Ausdruck bestimmter Strukturen und Denkweisen - Konkurrenz und Hierarchie, Medien, Kapitalinteressen, Religion usw.. - aber auch als - vielleicht nicht zwangsläufige, aber logische - Fortsetzung deutscher Geschichte in den letzten 125 Jahren, seit es einen deutschen Nationalstaat gibt. Deshalb gibt es immer wieder, unvermittelt im Text, plötzliche Flashbacks, wie unwillkürliche Erinnerungsschübe - episodische Erwähnungen bestimmter Stationen und Etappen dieses historischen Prozesses - aus dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Faschismus.

Ralf Burnicki's "StadtSchluchten" beschäftigen sich zumeist mit dem Gegenwartsthema der "Stadt" und dem Thema "Geschwindigkeit" mit ihren gesellschaftlichen Ausformungen. Die Gegenwart löst die Forderungen der (historisch-philosophischen) Aufklärung nach "Individualität" und "Freiheit" trotz ständiger Anrufung dieser Begriffe nicht ein. Sie tritt dem Einzelnen heute mit bestimmten Die 'moderne' Stadt Raum, in dem Individuen geradezu stö- Unterwegssein und Priorität erhoben des städtischen Le- Konsumzwänge, die duellen bei nach Außen hin anderslautendem Anspruch: ein Thema, das hinreichend Anreiz bietet für eine libertär orientierte Literatur.

„NIEDER steht an einer Hauswand
Nicht Nieder mit dem Sonnenuntergang
den Zahnärzten den Zähnen
sondern schlicht NIEDER
denn es geht darum
das Wirkliche zu zerreißen
wie einen mißlungenen Schnappschuß“

*"Für mich gehört Michael Halbrodt zu den besten Schreibern der A-Szene."
(Knobi im "telegraph" Nr. 105/2002)*



„StadtSchluchten“

Libertäre Poesie von und mit Ralf Burnicki und Michael Halfbrodt

Anarchistische Poesie, so wie Halfbrodt und Burnicki sie verstehen, muß darum bemüht sein, die gängigen Ausdrucks-, Erfahrungs- und Erkenntnisformen zu erweitern, und sei es zunächst einmal, um die bestehenden, aber sich zugleich verändernden sozialen und politischen Realitäten erfassen zu können. Dabei sollte der Anspruch, mit dem libertäre „Kunst“ heute anzutreten hätte, weniger darauf gerichtet sein, Botschaften zu vermitteln (im Sinne einer „hochpolitischen“, d.h. den politischen Kampf thematisierenden, das Endziel der klassenlosen Gesellschaft propagierenden „Kunst“), als vielmehr jene kalte, instrumentelle Beziehung zwischen Subjekt und Gesellschaft deutlich zu machen, um sie aufzusprengen - die warenförmige Subjektivität, die uns die Gesellschaft als „Individualität“ anbietet.

Das heißt aber, daß die Werke einer libertären „Kunst“ sich Gebrauchsanleitungen entziehen und darauf ausgerichtet sind, verschiedene Rezeptionsweisen, ein „freiheitliches Gedankenspiel“ zu ermöglichen. Dies kann von RezipientInnen verlangen, sich neugierig und geduldig darauf einzulassen, sich und den Texten Zeit zu geben, damit ein Kennenlernen geschehen kann, so wie man eine Person kennenlernt oder ein Musikinstrument: Man

muß nicht alles auf Anhieb ‚beherrschen‘ und gebrauchen können, man kann vielmehr herausfinden, ob und wie man sich begegnen kann. „Vielleicht wird dieses Kennenlernen zu einer aufregenden Erfahrung, die nicht schon nach zwei Tagen in Langeweile endet, sondern sich hinzieht und immer wieder neue Facetten erkennen läßt - am Text und am

Leser. Das ist Arbeit und ein Risiko, eine Anstrengung mit ungewissem Ausgang, es kann sich auch als Horrortrip erweisen, als eine Kampfbeziehung ohne viel Freude oder - das ist am wahrscheinlichsten - als Episode ohne Belang, abgeheftet und allmählich verblaßt“ (H. Steinert, Kulturindustrie). Dabei bedarf es der Einbettung in einen kulturellen Kontext, der ein „Klima“ schafft, das eine solche Begegnung begünstigt: eine Kultur der Muße, der Langsamkeit, des Sich-Einlassens auf Unvertrautes.

Das Gedicht „Nieder“ von Michael Halfbrodt ist nicht nur ein antinationalistisches Poem, sondern verarbeitet konkrete historische Geschehnisse oder Personen im Text, die auch in den Anmerkungen kurz erläutert werden. Als das Gedicht Mitte der 1980er Jahre

„Anarchie braucht keine Hosenträger“ oder „StadtSchluchten“ gehören zu den besten Texten unabhängig produzierter Literatur.

(SUBH 22, Hildesheim 1997)



»Die Sprache Burnickis ist in der Tat eine eher lyrische, gespickt mit einer unglaublichen poetischen Wucht - die in angenehme Unruhe versetzt«

(Jörg Dahlmeyer in: Störer 16, 1997)



Das „Thiembuktu“ nach dem Anschlag.

Unterstützung der BauBeCon, die Hilfe der Buckauer BürgerInnen und die Zusage Magdeburger Bands für ein Benefizkonzert zur Wiederinstandsetzung des „Thiembuktu“.

Das Benefizkonzert fand am 8. März im Jugendzentrum „H.O.T.“ in Zusammenarbeit mit „Club Total e.V.“ statt. Die Magdeburger Bands „Braying Boredom“, „Ansicht X“, „Charo“ sowie der Liedermacher Gregor Hause spielten vor über 200 Gästen und spendeten ihre Gage für den Wiederaufbau des zerstörten „Thiembuktu“.

Der Verein und die HausbewohnerInnen warten nun auf den Beginn der baulichen Maßnahmen im April, um anschließend die Ausgestaltung und die Inneneinrichtung selbst vornehmen zu können. Dabei sollen zusätzlich Verbesserungen in der Platzaus-

nutzung, Gemütlichkeit und hinsichtlich praktischer Gesichtspunkte erreicht werden. Unterstützt werden die BewohnerInnen dabei von der BauBeCon und dem Buckauer Ausbildungswerk „BAJ“. Geleitet wird die Renovierung von einem Hausbewohner und Studenten des Fachbereichs „Design“.

Noch im Monat Mai wollen, „wenn alles glatt geht“, der Verein WABE, die BewohnerInnen, die beteiligten Projekte und die BauBeCon das „Thiembuktu“ mit einer großen Dankeschön-Party wieder eröffnen.

Spenden für das „Thiembuktu“ können überwiesen werden an: Wabe e.V., Kto: 382 534 45, BLZ: 810 53 272 bei Stadtparkasse Magdeburg. Eine Spendenbescheinigung kann ausgestellt werden.

H.S.

Naziprovokation bei "Ulrike"-Demo

Im Anschluß an die Demo "Ulrike bleibt! - Autonome Freiräume Verteidigen" am 12.01.2002, an der sich ca. 150 SympathisantInnen beteiligten, kam es in Magdeburg-Stadtfeld zu Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und AntifaschistInnen.

Ca. 15 Neonazis hatten sich in Stadtfeld gesammelt und griffen 6 AntifaschistInnen mit Steinen und Baustellenschildern an. Dabei zerstörten sie mehrere PKWs. Die AntifaschistInnen mobilisierten und kurz darauf war das Kräfteverhältnis ausgeglichen. Die Neonazis flüchteten daraufhin.

Frank Böttcher Demo 2002

Am 08.02.2002 war der Jahrestag des 1997 von Faschisten ermordeten Punk Frank Böttcher. Traditionsgemäß wurde auf den Westfriedhof eine Kranzniederlegung und am späten Nachmittag eine Kundgebung in der Innenstadt durchgeführt. Zwar wurde durch die massive Polizeipräsenz am Westfriedhof die Feierlichkeit des Moments von vornherein unmöglich gemacht, trotzdem fanden sich ungefähr 70 Menschen bei der Kranzniederlegung ein, um Franks zu gedenken.

Um 17.00 begann die Kundgebung in der Innenstadt, bei der ca. 100 Menschen anwesend waren. Es wurden Flyer verteilt, Transpis gezeigt und mit Menschen diskutiert, um auf die Hintergründe der Veranstaltung hinzuweisen. Anschließend zogen die Anwesenden optimistisch und lautstark in einem Demonstrationszug los. Aber schon unter den Brücken beim Damaschke-Platz stoppten die Bullen die Demo, weil angeblich Menschen sich verummumt hätten.



ten. Daraufhin flogen einige Flaschen und die Beamten kesselten die Demo ein. Nach einigen Diskussionen ließen sie die Demo weiterlaufen.

Am Olvenstedter Platz ging es dann sehr rasch zur Sache. Ein Teil versuchte weiter nach Olvenstedt zu kommen, was aber von der Polizei unterbunden wurde. Der andere Demoteil löste sich auf oder wurde von der Polizei aufgehalten, kontrolliert, schikaniert...

Was nach dem eigentlichen Ende der Demo und des Tages passierte, war ein Höhepunkt der repressiven Tätigkeit der Polizei. Ca. 20 TeilnehmerInnen bestiegen eine Strassenbahn, um nach Hause zu fahren - nicht in Richtung Olvenstedt. Daraufhin stürmten die Bullen völlig grundlos die Bahn und schlugen auf die DemoteilnehmerInnen ein, um sie schließlich aus der Strassenbahn hinauszuerwerfen.

Es wurden auch einige Menschen verletzt. Ein Film wurde wohlweislich beschlagnahmt, um diese illegale Aktion nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen! Mit dieser Aktion werden sie aber das Gegenteil erreicht haben, denn solche Aktionen der Staatsmacht werden wohl eher Menschen dazu bewegen, auf die Strasse zu gehen.

Mit falschen Aussagen wahre Ereignisse schaffen

Manche Sozialdemokraten konnten bereits mit der Erklärungen wie "Die Autonomen unterstützen den Kandidaten der SPD, weil er sich gegen den Jäger 90 und für mehr soziale Sicherheit einsetzt!" in unvermutete Schwierigkeiten gebracht werden, besonders dann, wenn irgendwelche "Chaoten" in der Woche zuvor mal wieder eine Scherbandemo veranstaltet hatten. Es lassen sich solchen Politikern auch Aussagen unterschieben, die sie gar nicht gemacht haben, die ihre Gegner im schwarz-gelben Lager ihnen aber liebend gern unterstellen würden, also etwa die Legalisierung von "Drogen", die Einrichtung von Fixerstuben oder die Entkriminalisierung bestimmter Delikte. Das ist eine prima Methode, Politikern (nicht nur) in Wahlkampfzeiten zu zwingen, Dinge zu sagen, die sie sonst aus (wahl-) taktischen Gründen freiwillig nicht sagen würden. Imageverschmutzung hilft so, mit falschen Aussagen wahre Ereignisse zu schaffen. Je glaubhafter eine Unterstützungserklärung klingt, desto größer sind ihre Erfolgchancen.

So auch bei den Grünen: "Als, überhaupt nicht spaßig" beurteilte eine Sprecherin des Frankfurter Amtes für multikulturelle Angelegenheiten einen Fake aus dem Umfeld der Flüchtlings-solidaritätsgruppen und des AstA der Universität. In einem mit der gefälschten Unterschrift von Multikulturdezernent Cohn-Bendit versehenen Brief an die "Frankfurter Bürgerinnen und Bürger" wurde unter anderem zum "Boykott gegen rassistische Geschäfts- und Gaststättenbetreiber" aufgerufen und die BürgerInnen aufgefordert, "herumschnüffelnden Beamten der Ausländerbehörde" keine Auskünfte zu erteilen" (taz, 21.10.91).

Eine zweite Variante funktioniert etwas anders. 1969 brachte die Guerilla Theater-

gruppe "Rapid Transit Guerilla Communications" (RTGC) den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Richard Nixon in Schwierigkeiten, als sie ihn anlässlich eines Wahlkampfauftrittes in Chicago in Kostümen des Klu-Klux-Klans empfing und mit einem Transparent "The Klan Supports Nixon" grüßten. Diese Aktion war überaus wirksam, weil nicht wenige Medienvertreter eine solche Unterstützung tatsächlich für möglich hielten. In den USA war diese Form der Imageverschmutzung bereits Ende der 60er Jahre sehr verbreitet.

Handbuch der Kommunikationsguerilla.
von Luther Blisset, Sonja Brünzel
Libertäre Assoziation, EUR 15,25
4. Auflage, Hamburg 2001

Spasguerilla
255 Seiten, Unrast-Verlag Münster 2001
EUR 14,00



Wir haben Volksvertreter satt, die unsere Interessen nicht vertreten und das auch noch als Erfolg feiern.

Wir haben einen Bundeskanzler satt, der um der Macht willen Abgeordnete dazu bringt, ja zum Krieg zu sagen, wenn sie nein meinen, und nein zu sagen, wenn sie ja meinen.

Wir machen nicht mit, wenn Kriegseinsätze mit Worthülsen wie "Verantwortung übernehmen", "der neuen Rolle Deutschlands in der Welt", mit "Politikfähigkeit" und "der Durchsetzung der Rechte der Frauen" verharmlost werden.

Wir verweigern uns diesem Krieg.

Nur eine Diktatur braucht linientreue Parteidaten. Demokratie braucht mündige Bürger. Lassen wir Medien, Parteien,

Kultur und Wissenschaft nicht von röhrenden Funktionären gleichschalten. Die erbärmlichen und erschreckenden Umstände der Rot-Grünen Entscheidung für den Krieg lassen keinen Raum mehr für parteitaktische Spielchen, für die Sorge um den eigenen warmen Arsch – machen wir endlich den Mund auf!

Reden wir mit unseren Kindern und mit unseren Eltern über diesen Krieg, über Gerechtigkeit in Deutschland und der

Welt und über die Rechtsstaatlichkeit, die uns zwischen den Fingern zu zerrinnen droht!

Wir haben 1989 gelernt, daß es Sinn hat, zu widersprechen.

Berlin, den 13. Dezember 2001
Kontakt: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Fax 030-204 12 63
Homepage: www.wir-haben-es-satt.de
E-mail: post@wir-haben-es-satt.de

Spassiger Ernst

Da nicht nur der gemeine Spiesser, sondern auch sein linksradikales Pendant von den immergleichen und nur selten originellen Parolen an Stadtfelds Häuserwänden genervt sein dürfte, haben wir uns entschlossen, mit ein paar Beispielen, die wir Büchern, wie "Handbuch der Kommunikationsguerilla" bzw. "Spassguerilla" entnommen haben, zu zeigen, dass es auch anders geht. Natürlich wollen wir damit keine Handlungsanweisungen geben, sondern Anregungen geben, die allein Eure Phantasie beflügeln sollen.

Imageverschmutzung - Sich den Namen des Gegners ausleihen

Eine Form der Imageverschmutzung entsteht dann, wenn Symbole, Zeichen oder Labels bewußt in einen negativ besetzten Kontext und unter Umständen sogar bei illegalen Aktionen verwendet werden. Ziel der AktivistInnen ist dabei, den Zorn von Unbeteiligten auf den Gegner, dessen Name für die Aktion entwendet wurde, zu lenken. Je ungebührlicher und aufdringlicher uns ganze Häuserzeilen mit einem hingesprühten "Wählt CDU!" schon morgens anlächelt, umso größer der Ärger für diese Partei.

Anlässlich der bayrischen Kommunalwahlen im März 1996 prangte auf zahlreichen regensburger Häuserwänden schlicht und einfach "CSU". Die Wirkung einer Solchen Aktion ergibt sich einerseits aus der Wut über die "Schmierereien", andererseits aus der Tatsache, daß die CDU/CSU nur schwer wird, erklären können, warum ausgerechnet ihre Gegner Wahlempfehlungen für sie abgeben. Ein Leserbrief, der diese unerhörte Art, Wahlkampf zu betreiben, anprangert, hätte in diesem Zusammenhang ein übriges bewirken können.

Bombige Anti-Merz-Aktionen in Merseburg

Am 8.3. war im Merseburger Schlossgartensalon eine Wahlkampfveranstaltung mit dem Bundesfraktionschef der CDU, Friedrich Merz angekündigt. In der Nacht vorher wurde das Gebäude mit Sprüchen wie: "deutsche leitkultur - fuck off" und "rassismus tötet - merz verpiß dich!" besprüht. Desweiteren wurden sämtliche Türschlösser des Schlossgartensalons mit Klebstoff verstopft. Um 18.00 Uhr sollte das Stelldichein mit dem Rechtsaußen der Union beginnen. Jedoch wurde jeder, der/ die nicht so chic aussah, wie ein typisches Junge-Union-Mitglied, von der Veranstaltung ausgeschlossen. Vor dem Eingang des Schloßgartens stellten sich indes ca. 20 Antifa-AktivistInnen mit einem Transpi ("deutsche.leitkultur: nazis morden der staat schiebt ab!") auf. Wenige Minuten nach dem Beginn der Veranstaltung mussten die BesucherInnen jedoch das Gebäude aufgrund einer Bombendrohung verlassen. Dabei wurden sie mit Sprechhören empfangen. Nach mehr als einer Stunde hieß es dann, die Veranstaltung würde doch noch stattfinden. Während die CDU-AnhängerInnen in den Schlossgartensalon gingen, stellte sich die Polizei den Antifas in den Weg, um deren Personalien aufzunehmen. Zum Glück konnten jedoch einige entkommen und so verhindern, wie die übrigen auf der Liste der der Bombendrohung Verdächtigen zu landen. Kurz darauf kam dann auch noch Friedrich Merz, der übrigens den Begriff der "deutschen Leitkultur" maßgeblich geprägt hat, in einer Limousine vorgefahren, in deren Richtung noch einige Eier flogen. Er wurde dann an den Sprühereien

vorbeigeleitet und konnte mit 75-minütiger Verspätung seine Hetzreden gegen Flüchtlinge, "Sozialschmarotzer" und "rote Socken" beginnen.

In der Mitteldeutschen Zeitung wurde wieder mal sehr einseitig über die Aktion berichtet. So wurde Merz zitiert „Ich hätte mir gewünscht, mit den jungen Protes-



tierern einmal zu sprechen....", wobei sowohl Merz als auch die anwesenden Redakteure der MZ genau wussten, dass es den „jungen Protestierern“ verboten wurde, in den Saal zu kommen. Dennoch kann mensch durchaus sagen, daß Herrn Merz die (rassistische) Show gestohlen wurde.

Zieht euch warm an!

Am 16./17.2. organisierten AntiCastorNetz Magdeburg und Rote Hilfe Magdeburg ein Training für politische Prozesse. AktivistInnen verschiedener Gruppen informierten sich über den formalen Ablauf von Prozessen und Möglichkeiten zum Vermitteln politischer Inhalte. Neben der Führung von Prozessen haben sich die TeilnehmerInnen auch mit der Vollstreckung von Urteilen und dem Voll-

zug auseinandergesetzt. Das theoretische Wissen wurde anschließend in Rollenspiel-Übungen praktisch umgesetzt.

In den nächsten Monaten stehen verschiedene Verfahren an.

Magdeburger AtomkraftgegnerInnen planen gleichzeitig eigene

Klagen gegen die Polizeimaßnahmen bei den vergangenen Castortransporten. Die TeilnehmerInnen des Trainings sind nun motiviert, ihre politischen Inhalte offensiv auch in juristische Prozesse hineinzutragen.

Die anstehenden Prozesse werden von den Gruppen öffentlich begleitet werden. Medien und andere Interessierte sind herzlich zur Prozessbeobachtung eingeladen. Zu weiteren Informationen könnt ihr euch an das AntiCastorNetz per Mail an AntiCastorMD@gmx.de oder telefonisch unter 01 62-860 89 49, oder an die Rote Hilfe Magdeburg per E-Mail an magdeburg@rote-hilfe.de wenden.

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Am 20.03. fand auf dem Petriförder in Magdeburg eine Werbeveranstaltung der Bundeswehr statt. Hier stellte sich die Bundeswehr nicht als Armee in der



Am 1. März plante Schill im Magdeburger AMO seinen Wahlkampfauftakt feierlich zu eröffnen. Aber Feierstimmung wollte nicht so recht aufkommen. Dafür sorgten zum einen virtuelle Bombenleger, durch die die TeilnehmerInnen gezwungen waren, den Saal zu verlassen. Draussen wurden diese dann von DemonstrantInnen begrüßt, die Magdeburg kurzerhand zur „Schill Out Zone“ erklärt hatten.

üblichen Art und Weise, sondern als marktwirtschaftlicher Ausbildungsbetrieb dar. Aus diesem Anlaß versuchten einige AktivistInnen ihre Standpunkte zum Thema Militarismus im allgemeinen und Bundeswehr im speziellen an Mann/Frau zu bringen.

Als einige TeilnehmerInnen von (nicht ganz echten) Bundesweherschüssen getroffen ketchupüberströmt zusammenbrachen und sich als Kollateralschaden präsentierten, griffen Polizei und Bundeswehr rigoros ein. Unter Androhung von körperlicher Gewalt wurden wir vom Platz verwiesen. Dabei wurde eine Teilnehmerin durch einen Faustschlag eines Polizisten im Gesicht verletzt. Gegen den Rest wurden ohne Begründung Platzverweise ausgesprochen.

russischen Atombomben); Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden; Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!

Heute: Kreuzzug gegen das Böse; Ewige Freiheit; Grenzenlose Gerechtigkeit; Uneingeschränkte Solidarität; Geschlossenheit; Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen!

Wir haben in der Revolution von 1989 Kopf und Kragen riskiert, um das verhaßte und verachtete System von Bütteln und Spitzeln in der DDR zu überwinden. Wir hatten erwartet, daß nach dem Ende des Kalten Krieges auch die westlichen Geheimdienste abrüsten. Keiner von uns hat jedoch damit gerechnet, daß nach Beendigung des Kalten Krieges die Telephonabhöraktivitäten steil ansteigen, daß die von uns abgerissenen Stasi-Videokameras nur durch neue ersetzt werden. Wir sind entsetzt darüber, daß heute die Polizei zusammengestrichen und der Geheimdienst aufgeblasen wird. War denn alles umsonst? Wir wissen, wohin so was führt.

Keiner von uns hat damit gerechnet, daß ein schrecklicher Terroranschlag in den USA zum Anlaß genommen werden könnte, scheinbar unumstößliche Maßstäbe von Recht und Gerechtigkeitsgefühl in der ganzen westlichen Welt ins Rutschen zu bringen.

Wir haben nicht vergessen, wie die Gummiparagraphen des politischen Strafrechts der DDR uns die Luft abgeschnürt

haben. Wir greifen uns jetzt an den Hals, wenn wir lesen, mit welcher Leichtfertigkeit das Terrorismus-Bekämpfungsgesetz (der sogenannte Otto-Katalog) des Innenministers und die entsprechenden Entwürfe in anderen westlichen Staaten und auf europäischer Ebene Gummistricke drehen, die wir glücklich losgeworden zu sein gehofft hatten. Wir sind verblüfft und entsetzt, daß unsere Sehnsucht nach Gerech-

tigkeit mit höhnischem Gelächter und dem süffisanten Verweis auf den Rechtsstaat beantwortet wird.

Wir sind entsetzt, wie selbstverständlich von hochrangigen Politikern gebilligt wird, daß die vermeintlichen Anstifter des Terroranschlags mit einer grotesk übermächtigen Militärmaschinerie umgelegt werden. Beweise für ihre Schuld? Geheim und wohl doch auch überflüssig! Haben deutsche Politiker bereits die amerikanische Begeisterung für die Todesstrafe übernommen?

Wir sind entsetzt, mit welcher Dumpfbackigkeit Gegnern des Kriegseinsatzes in Afghanistan entgegengehalten wird, daß

Krieg gegen Terroristen helfen kann. Weshalb traut sich niemand an die Waffenhändler in den USA und in der Bundesrepublik heran? Weshalb versuchen die USA mit allen Mitteln, die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs zu verhindern? Natürlich wollen wir, daß ein unabhängiges Gericht und nicht der Oberbefehlshaber der stärksten Armee der Welt entscheidet, ob die vorgelegten Beweise eine Verurteilung der vermeintlichen Hintermänner des Terroranschlags rechtfertigen.

Wir sind entsetzt darüber, daß ganz nebenbei schon die Diskussion um die Anwendung der Folter salonfähig wird. Sind die Mächtigen in den westlichen Staaten nicht auf dem besten Wege, Verhaltensweise, Denkstruktur und Wertesystemeiner Terroristenbande anzunehmen?

Wir haben es einfach satt.

Wir haben es satt, daß unter dem Banner von Freiheit und Demokratie gegen unsere Interessen regiert wird.

Wir haben es satt, uns für dumm verkaufen zu lassen.

Wir haben es satt, uns das platte Geschwätz auf Parteitag anzutun.

Wir haben es satt...

Aus eigener Erfahrung mit der Diktatur in der DDR, aus guter Erinnerung

- an politischen Druck und Widerstehen,
- an Volksverdummung und Wahrhaftigkeit,
- an hohle Phrasen und aufsässige Verse,
- an militaristisches Gehabe und grundsätzliche Gewaltlosigkeit,
- an Bevormundung und Solidarität
- und aus jüngster Erfahrung mit der parlamentarischen Demokratie in der Bundesre-

Wir dokumentieren hier einen Aufruf von Leuten, die 1989 schon einmal maßgeblich am Zusammenbruch eines Systems beteiligt waren und sich auch nicht vom heutigen haben korrumpieren lassen (wie so viele ihrer damaligen MitstreiterInnen).

Sicher mag es für den Einen oder die Andere merkwürdig vorkommen, wenn politisch erfahrene Menschen, wie die VerfasserInnen des Aufrufes, ihre Verwunderung über die aktuellen Zustände zum Ausdruck bringen, die so verwunderlich für den aufmerksamen Beobachter der jüngeren westdeutschen Geschichte ja gar nicht sein dürften. Was zählt, ist die Bereitschaft, (wieder) öffentlich gegen solche Mißstände anzugehen.

Stellvertretend für die ErstunterzeichnerInnen seien an dieser Stelle der ehemalige Grünen-MdL in Sachsen-Anhalt, Hans-Jochen Tschiche, die Mitbegründerin des Neuen Forums, Erika Drees aus Stendal genannt. Die vollständige Liste sowie zahlreiche Reaktion findet ihr auf den WWW-Seiten (www.wir-haben-es-satt.de) der Initiative. Dort könnt ihr auch Eure Unterstützung für den Aufruf erklären.

publik wenden wir uns nicht an den Bundeskanzler, nicht an Rot-Grün, nicht an die Oppositionsparteien, sondern an Euch, einfache Bürger wie wir.

“Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist offensichtlich gestört.”

Das war 1989 so. Und das gilt heute wieder. Wir fühlen uns in wachsendem Maße ohnmächtig gegenüber wirtschaftlichen, militärischen und politischen Strukturen, die für Machtgewinn und Profit unsere Interessen in lebenswichtigen Fragen einfach ignorieren. Wir fühlen uns in unserer Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen unseres Landes und der Welt mehr und mehr an die uns wohlbekannten Übel der Diktatur erinnert.

So können wir uns zwar alle vier Jahre bei den Wahlen für eine von vielen streitenden Parteien entscheiden. Wir stellen jedoch fest, daß die Programme dieser Parteien mit der Politik, die sie dann tatsächlich machen, kaum etwas zu tun haben. Die politischen Losungen in der DDR waren selten lustig, sie werden in ihrer Hohlheit von den Wahlwerbungen der Parteien heute übertroffen.

Wir haben uns über das Abstimmverhalten der Volkskammerabgeordneten amüsiert. Angesichts des Abstimmverhaltens der Bundestagsabgeordneten ist uns das Lachen vergangen. Wir haben es gelernt, hohle Phrasen und den sinnverkehrenden Gebrauch von Schlagworten zu erkennen und schadlos an uns abperlen zu lassen:

Früher: Ewige Waffenbrüderschaft; Unverbrüchliche Solidarität; Friedensdienst (mit der Waffe in der Hand); Erz für den Frieden (gemeint war das Uran der WISMUT für die

Prozess gegen Magdeburger AtomkraftgegnerInnen

Im April 2001 blockierten AtomkraftgegnerInnen einen Castortransport aus dem AKW Neckarwestheim in die britische Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Sellafield. Es handelte sich dabei um den ersten Transport nach Sellafield seit dem Castor-



Kontaminationsskandal. Die WAA Sellafield, treffender bezeichnet als Plutoniumfabrik, stand kurz vor der Schließung, weil auch in Großbritannien die Atomskandale überhand nahmen. Die anderen Vertragsstaaten der WAA hatten danach keine Lieferungen mehr nach Sellafield gebracht. Diesen Atom-müll-Verschiebestopp brach Deutschland als erstes Land - und die Weiterexistenz der Anlage war gesichert.

Monate nach dem Transport forderten Polizei und Landratsamt Ludwigsburg von den BlockiererInnen die Zahlung einer „Wegtragegebühr“ von 162,- DM und 536,- DM Bußgeld pro Person. Nun steht für zwei Magdeburger AtomkraftgegnerInnen ein erster Prozess wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz an.

Wir fordern einen Freispruch, weil wir meinen, dass unser Widerstand gegen die menschenverachtende Atomtechnologie nicht bestraft werden darf. Beim Uranab-

bau werden indigene Völker ausgebeutet, die Gesundheit der dort lebenden Menschen geschädigt und ihr Lebensraum zerstört. Im Normalbetrieb geben Atomanlagen ständig eine Niedrigstrahlung ab, die Zellschädigungen verursachen kann. Eine sichere Ent-

sorgung des hochradioaktiven Atommülls, der über Jahr-mil-lionen strahlen wird, ist nicht möglich. Den kommenden Generationen wird diese strahlende Last aufgebürdet. Nicht zuletzt kann es jederzeit zu einem Super-GAU in einem der Atomkraftwerke kommen. Millionen Menschenleben werden mit dem Betreiben dieser Anlagen gefährdet. Die wahren

TäterInnen sitzen in den Atomkonzernen und der Politik. Sie sind es, die Menschen ausbeuten und ihren Tod in Kauf nehmen; sie gehören vor Gericht, nicht die, die sich dagegen wehren!

Wir werden diesen Prozess politisch führen. Uns ist klar, dass wir auf die „Gerechtigkeit“ der Justiz nicht zu hoffen brauchen. Wir wollen das Verfahren aber nutzen, um den Widerstand gegen die Atomindustrie und die Politik, die sie ermöglicht, weiterzuführen. Mit Aktionen und aktiver Medienarbeit wollen wir das Thema auch in die Öffentlichkeit tragen. Der Prozessauf-takt selbst fand am 28.3. (nach Redaktions-schluss) um 15°° Uhr im Amtsgericht Ludwigsburg, Schorndorfer Str. 39, statt. Ihr seid eingeladen, den Prozess kritisch zu begleiten.

Aktuelle Infos zum Prozess und den begleitenden Aktionen bekommt ihr im Internet: www.antiatom.de/magdeburg

Helau statt Heil!

Nationaler Mist in Salzwedel

Am Morgen des 23.02 gegen 5.00 Uhr trafen sich mehrere Antifas auf dem Aldi/Extra Markt Parkplatz, um sich dann verschiedenen Aktionsgruppen anzuschließen. Wir schlossen uns der Transparent-Aktion an,



die antifaschistische Transpis entlang der Naziroute aufhängte. Wir wollten einen alten Wasserturm besetzen, um dann vom Dach ein gut sichtbares 3x5 Meter großes Transpi auszurollen. Aber da kamen auch schon die Cops um die Ecke und wollten lesen, was auf dem Transpi stand und fragten uns, was wir mit Hammer und Nageleisen wollten. Nach dem die Cops uns auch aus einem anderen Haus rausgejagt hatten, sagten sie zu uns, wir sollen es doch bitte anderswo aufhängen. Als langsam die Sonne aufging, hängten wir es vor einen Schulzaun.

Um 7.00 Uhr gab es Frühstück im Hansa-Haus. Um 8.00 Uhr gingen wir alle zum Kulturhaus Vorplatz, Anfangs- und Ausgangspunkt der Nazi-Demo. Unbekannte

hatten einen riesigen Haufen Mist für die Nazis da gelassen. Es stank furchtbar.

Gegen 8.40 Uhr kamen die ersten Nazis, etwa 25 an der Zahl, doch sie wurden von etwa zehn sogenannten Autonomen zurück getrieben. Ganz zum Entsetzen der friedlichen Salzwedeler BürgerInnen die uns aufforderten, die Nazis demonstrieren zu lassen, um sie dann lächerlich zu machen, denn das Motto der Friedlichen war „Helau statt Heil“.

Um 9.00 kamen die ersten Bullenwannen, um die Nazis zu schützen. Nach dem ein Apfel in Richtung Nazis flog, sind etwa fünf Bullen ausgerastet und knüppelnd in die etwa 60-80 Gegendemon-

strantInnen gelaufen. Da mußte der Salzwedeler Polizeichef Biedermann schon selbst Hand anlegen, um seine Magdeburger Kollegen zu beruhigen.

Etwa gegen 9.30 und nach mehreren Aufforderungen der Polizei wurde der Platz für die Nazis freigeräumt. Nach weiteren Pöbeleien der friedlichen BürgerInnen gingen wir allein durch die Straßen. In der Stadt trafen sich immer mehr Linke, um den Nazis entgegen zu treten.

Gegen 10.00 Uhr besetzen einige Leute kurz die Straße vor dem Hansa-Haus, aber die Bullen haben sie schnell wieder freigeräumt. Aus den Fenstern des Hansa hing ein Transpi. Auf dem stand „Helau statt Heil“ und Konfetti regnete auf die Nazis, worauf Christian Worch durch sein Megafon brüllte: „Die Polizei soll das von Linksradi-

tal eben gewonnene Freiheit mit einem 2. Kessel und Knüppelinsätzen beendete. Dieser Kessel, bei dem die Polizei mit Sprechchören und Gesängen ausgefeiert wurde, hatte 2 Stunden Bestand, bis man sich entschied, allen freies Geleit zu gewähren. Danach konnte sich erneut eine Menschenmenge formieren, die sich aber durch Uneinigkeit in mehrere kleinere Demos zersplitterte. Eine versuchte noch zum Bayrischen Hof (NATO-Tagungsort) zu gelangen, löste sich aber später auf. Eine andere wurde später eingekesselt (mehrere Stunden - Klobesuch verboten) und alle 300 Menschen (unter ihnen auch viele Journalisten) in Gewahrsam genommen. Überall, wo sich größere Massen ansammelten, wurde brutal eingeschritten. So lag eine ältere Frau, die von den Bullen überrannt worden war noch viele Tage lang im Koma, konnte aber überleben. Gewaltexzesse gingen außschließlich von der Polizei aus - kein Stein flog, keine Scheibe klirrte. Um die saubere Leistung noch zu krönen, wurde noch das DGB-Haus (wo eine genehmigte Veranstaltung stattfand), stundenlang umstellt - seit fast 70 Jahren erstmalig wieder. Mit diesen Eindrücken endete unser Tag in München...

Bilanz: Insgesamt über 800 Ingewahrsam und an die 100 Festnahmen, viele Verletzte auf Seiten der Demonstranten - 1 Frau im Koma. Politisch gesehen war die Demo ein Erfolg. 7.000 (unter ihnen auch viele Bürger, die sich spontan wegen des Demoverbots beteiligten) ließen sich ihr Recht auf Meinungsäußerung nicht verbieten. Der Staat zeigte mal wieder sein wahres Gesicht, ca. 3000 Polizisten griffen mit immens übertriebener und unverständlicher Härte durch. Der prognostizierte Gewaltausbruch der Demonstranten blieb aus - Entscheidungen der Politik und Auftreten der Polizei wurden ad absurdum geführt, eigene Positionen konnten zumindest in München (es liefen auch unzählige Spaßaktionen) an Mann und Frau gebracht

werden. Medial wurde das Thema eher randständig behandelt, Inhalte der NATO-Tagung waren wie immer wichtiger als politische Gegenpositionen und das Ausserkraftsetzen von Grundrechten - wahrscheinlich wäre dies im Falle einer Gewalteskalation anders gewesen. Die sensationsgeile Medienlandschaft hätte dann ihre Schlagzeilen gehabt und die Demonstranten in die allseits beliebte Schublade der randalierenden Chaoten stecken können.

Aus Protest gegen das Totalverbot fanden übrigens in vielen italienischen und deutschen Städten sowie in Zürich Kungebungen und Soliaktionen statt.

In New York demonstrierten derweil ca. 25.000 Menschen gegen weltweite kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung anlässlich des Weltwirtschaftsforums (WEF).

Nun stellt sich die Frage, wie die Zukunft, geprägt durch Innen- und Außenpolitische Aufrüstung und Ausbau des Überwachungs- und Kontrollstaates Deutschland, einhergehend mit dem Abbau von Grundrechten aussehen wird. Wird Mensch sich in Zukunft überhaupt noch oppositionell äußern, geschweige denn agieren dürfen? Wird durch Stigmatisierung (z.B. Label „Terrorist“) demnächst jed(r) Protestierende in die Schublade „Gewalttourismus“ gesteckt und durch repressive Maßnahmen gebrochen?

Nicht zuletzt von unserem Widerstand wird es abhängen, inwieweit die Herrschenden ihre Vorstellungen vom „Sicherheitsstaat“ durchsetzen können.

Übrigens: Auch in Vorbereitung von Gegenaktivitäten zum EU-Gipfel in Barcelona wurden zahlreiche Studentengruppen kurzerhand zu Terroristen deklariert und tagelang eingesperrt und viele von ihnen anschließend exmatrikuliert. Trotzdem nahmen an der Demonstration am 16.03. rund 500.000 Menschen!



München begrüßt seine Gäste...

kämpfte die Polizei auch die leeren Transparente (Fakeaktion) nieder und hatte auch keinen Sinn für Spaß(aktionen).

Mit diesen ersten Eindrücken und spannungsvollen Erwartung auf den nächsten Tag nächtigten wir erstmal. Unklar war am nächsten Morgen, wie sich die Polizei verhalten würde, und vor allem wo die Möglichkeit war, eine Demo durchzusetzen. So teilten wir uns in Gruppen und versuchten möglichst unauffällig zum Marienplatz, wo um 12..00 eine Kundgebung stattfinden sollte, zu gelangen.

Bis dahin kamen wir auch ohne Kontrollen durch. Am Rande des Marienplatzes, der nur so vor Bullen wimmelte, war dann erstmal Schluß. Konsequenterweise bekam mensch der nur annähernd handelsüblich aussah, Platzverweise nachgeschmissen, teilweise auch mehrere.

Gegen 12 füllte es sich um den Platz merklich. Am Infotelefon war ständig von anderen Treffpunkten für 'ne Demo die Rede. So sahen wir kurz zu den Leuten von ATTAC zur 'Münchener Freiheit' (!), die aber mit 20 Besuchern eher verlassen wirkten. Später sollte

der Stand von den Cops noch gekesselt und die Leute in Gewahrsam genommen werden.

Zurück am Marienplatz, war die Menge, die jetzt lautstark zu vernehmen war, auf 5.000-7.000 Menschen angewachsen. Die Bullen stellten Gitter auf und bildeten unter reger Beteiligung des USK (=äußerst brutal agierendes Sondereinsatzkommando) Ketten, die die Menge gewaltsam abhielten auf den M.-platz

zu kommen. Trotzdem gelang es nach der Pressekonferenz, bei der Organisatoren vom Platz weg verhaftet wurden, eine Demo zu formieren, die mit Sprechchören durch Münchens Innenstadt zog.

Die Cops konnten die Demo aber mittels Knüppelinsatz spalten, Konfusion brach aus, viele versuchten sich in Sicherheit zu bringen. Ein Großteil (ca. 3.000 Leute) fand sich auf einem Nebenplatz vom M.-platz wieder zusammen, wo die Bullen dann aber einen Kessel bildeten. Wahrscheinlich wären auch alle in Gewahrsam genommen worden, hätten die Kapazitäten ausgereicht.

Der Kessel hatte 2 Stunden Bestand (zu diesem Zeitpunkt erfuhren wir auch, daß unsere zweite Gruppe komplett in Gewahrsam war - 10 Stunden sollte der Aufenthalt dauern), als sich eine Gruppe von Leuten formierte, der es durch Kettenbildung und unter großem Energieeinsatz gelang die Bullenreihen zu durchbrechen. Laut feiernd, mit Sprechchören, die Demokratie- und Meinungsfreiheitsverachtendes Verhalten der Cops anprangernten, und mit einem euphorischen Glücksgefühl tobte die Menge durch München- bis dann das USK konsequent und äußerst bru-

kalen besetzte Hansa sofort räumen!" Auf einer Brücke hatten Leute Fässer mit Gülle ausgekippt, durch die die Nazis dann gehen mussten. Nachdem die Nazis mit ihrer Scheiße an den Schuhen durch Salzwedel getrampelt, ihre nationale Scheiße gegröhlt und wieder am Kulturhaus angekommen waren, wurde auch der/dem letzten klar, Antifa muss Angriff heißen.

Als gegen 12.30 Uhr die Nazidemo zu Ende war, und die Nazis von der Polizei zum Bahnhof begleitet wurden, kam es zu Zusammenstößen mit uns GegendemonstrantInnen. Steine, Flaschen, Rauchbomben und Feuerwerkskörper flogen in Richtung Bullen und Faschos. Anschließend gingen etwa 100-150 Linke in einer Spontandemo zum Bahnhof. Am Bahnhof kam es zu weiteren Rangeleien, etwa 50 Leute liefen auf die Schienen, legten Baumstämme auf die Gleise und bewaffneten sich mit Schottersteinen, um die Nazizüge zu empfangen. Die Bullen machten dem Spaß ein schnelles Ende, nahmen aber keinen fest. Als fast alle Nazis weg waren, haben sich auch die auswärtigen Bullen mit einem riesen Tätu-Tata verpisst.

Gegen 15.00 Uhr ging dann das „Kehr aus“, die symbolische Reinigung der Stadt nach dem alle Nazis weg waren, los. Die hohen Herren der Stadt gingen mit Besen bewaff-



net und ihrem etwa 400 Menschen starkem Gefolge ca. 700 Meter durch die Innenstadt. Am Schwarzen Adler angekommen, sagte Bürgermeister Siegfried Schneider: „Danke, dass die braune Gewalt mit vielen Besen vertrieben wurde.“ Die BürgerInnen die uns morgens noch über einen friedlichen Ablauf aufklären wollten, schenkten den schwarz gekleideten auch wieder ein Lächeln. Nach ein paar Trommelanlagen der Henninger

Trommelgruppe war auch dieser Tag zu Ende.

Fazit: Die Nazis sind zwar größten Teils vorerst aus Salzwedel raus, aber das rechtsextremistische Problem ist damit noch lange nicht gelöst.

Altmark Antifa



ATTACke!?

Die Globalisierungskritik erreicht Magdeburg

ATTAC ist eine Abkürzung, die - ins Deutsche übersetzt - für den beeindruckenden Namen "Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürger" steht. 1998 in Frankreich gegründet, wurde ATTAC vor allem mit ihrer Forderung nach der Einführung der Tobin-Steuer (eine Steuer auf sämtliche Finanzbewegungen, die zum einen die weltweite Spekulation eindämmen und zum anderen Mittel für soziale Zwecke erbringen soll). Sie trat in der Vergangenheit vor allem auf den grossen Globalisierungsprotesten von Seattle bis Genua in Erscheinung und ist durch diese weltweit bekannt geworden.

Nachdem sich die Mitgliederzahl von ATTAC Deutschland in Folge der verschiedenen Protestdemonstrationen gegen die Treffen von Weltbank, WTO & Co. von knapp 300 Anfang 2001 auf rund 4000 heute vervielfacht hat, hat die Bewegung nun auch Magdeburg erreicht. Seit Ende Januar diesen Jahres gibt es auch hier eine ATTAC-Gruppe.

Zunächst kursierte über diverse Kanäle eine Einladung zu einer ATTAC-Gründungsversammlung, die im wesentlichen auf die Initiative mehrerer Leute vom soziologischen Institut an der Uni zurückgeht. Wie gut 40 weitere bin ich dieser ins Eine-Welt-Haus gefolgt.

Mich interessierte vor allem, inwiefern da vielleicht ein Bündnispartner für antikapitalistische Arbeit in Magdeburg heranwächst. Im letzten Jahr gab es in der deutschen Linken eine breite Auseinandersetzung um und wohl auch in ATTAC selber. So kamen z.B. in der "Jungen Welt" die unterschiedlichsten Stimmen von und zu ATTAC zu Worte, da die Bewegung - wie auch die Anti-/globalisierungskritische Bewegung insgesamt - ein recht breites Spektrum von Aktiven umfasst.

Während einerseits diverse linke Gruppen und Grüppchen auf den Zug aufsprangen um die Bewegung für ihre Partezwecke zu vereinnahmen (wie Linksruck & Co.), setzten sich wohl in der letzten Zeit mehr Leute durch, denen es weniger um die Kritik oder gar die Abschaffung des Kapitalismus geht, sondern vor allem um die Eindämmung seiner schlimmsten Auswirkungen, deren Ursachen in der neoliberalen Globalisierung im Allgemeinen und in der Vormacht der Finanzmärkte im Besonderen verortet werden. Ihr Ziel ist es eher - so jedenfalls mein Eindruck - den Kapitalismus wieder stärker zu regulieren und ein wenig mehr der Globalisierungsgewinne in die Länder der Dritten Welt umzuverteilen.

Entsprechend waren jedenfalls viele Äusserungen aus dem Publikum. Diese reichten von der Forderung nach "nicht zu viel Basisdemokratie" - man möchte schließlich was bewirken, bis hin zu Vorschlägen, auf Parlamentarier einzuwirken, da diese mitunter gar nicht wüssten, welche Wirkungen ihre Politik in den Ländern der Dritten Welt, aber auch hierzulande, hat. Selbst die Teilnahme an den Wahlen wurde in Erwägung gezogen. Einzig eine sogleich als "Anarchistin" geoutete junge Frau verlieh zum Abschluss der ersten Runde der Gründungsveranstaltung ihrem Unmut Ausdruck, in dem sie die vorgeschlagenen Methoden kritisierte, da mit herkömmlichen Methoden heute nichts mehr zu bewirken sei. Die zweite Runde hatte ich mir dann aber erspart.

Dennoch hatte ich noch nicht genug. Unabhängig von den Leuten von der Uni gab es eine Veranstaltung mit Christoph Bautz aus der "legendären Verdener WG" - wie er von Moderator Roland Roth von der FH vorgestellt wurde - die ich in der Hoffnung auf die Kor-

Eine Stadt im Ausnahmezustand...

Die NATO-Sicherheitskonferenz in München

Lange vorher hatte das Gegenbündnis bestehend aus unzähligen Gruppierungen, von reformistisch bis radikal, zu Gegenaktivitäten und einer kraftvollen Demonstration gegen kapitalistische Globalisierung und Militarismus aufgerufen. Doch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wurde wie so oft mit Füßen getreten. Nach den Ereignissen in Genua sowie mit dem Rückenwind der sicherheitspolitischen Nachwehen des 11. Septembers wurden alle Gegenaktivitäten incl. der Demo verboten; die Organisatoren dieser waren im Vorfeld vielfältigen Repressionen ausgesetzt. Angefangen von Drohungen gegen beteiligte Projekte in Zukunft finanzielle Unterstützung zu entziehen, über die Durchsuchung des Infoladens nebst Beschlagnahme von technischem Equipment bis hin zu üblen Pressekampagnen regierungsnaher Medien.

Seitens der verantwortlichen Politiker Ude (SPD), Beckstein (CSU) und Koller wurde auf Grundlage von angeblichen Informationen des Verfassungsschutzes ein Horrorszenario konstruiert, wonach 3000 gewaltbereite Chaoten (!!!) München in Schutt und Asche legen wollten. Ein „2. Genua“ wollte man unter allen Umständen verhindern, die Frage der Gewalt wurde als Hauptproblem in den Vordergrund gezerzt, politische Inhalte wurden vollständig ignoriert.

Das Gegenbündnis ließ sich aber nicht einschüchtern, blieb bei dem Slogan „von Genua nach München“ und wiedere setzte sich der Forderung nach Distanzierung von Gewalt (tätern).

Insgesamt wollte man verdeutlichen, daß „die politische Auseinandersetzungen nicht isoliert in Teilbereichen geführt werden können, wenn an bestimmten Unterdrückungs-

und Ausbeutungsverhältnissen gerüttelt werden soll. Die Bekämpfung dieser kapitalistischen Verhältnisse kann keinen Erfolg haben, wenn nicht auch deren Durchsetzungsinstrument, die NATO, in den Focus von Protest und Widerstand gerückt wird.“

Und so kamen trotz Demoverbots 7000 Leute nach München...

Reisen bildet...

Auch wir, eine Gruppe von 5 MagdeburgerInnen, sah die Notwendigkeit die Proteste in München trotz Demoverbots als Fortführung der antikapitalistischen Protestbewegung, die vor allem durch die Großevents von Seattle, Prag, Göteborg und Genua wahrgenommen wurde und für das Thema Globalisierung eine gesellschaftliche Sensibilisierung erreichte, zu unterstützen.

Im Vorfeld war das Schengener Abkommen außer Kraft gesetzt worden, um möglichst viele Leute aus anderen EU-Ländern davon abzuhalten, nach München zu reisen.

So fuhren wir ca. 10 Stunden mit dem Zug nach München. Unterwegs hörten wir immer wieder Meldungen, nach denen die Leute von außerhalb reihenweise abgefangen und gezwungen wurden wieder nach Hause zu fahren. Mit viel Glück und Geschick gelang es uns aber den Hauptbahnhof zu umgehen, wo es vor Bullen nur so wimmeln sollte.

Ziemlich schnell fanden wir auch die Pennplatzbörse, wo wir uns erstmal mit Infos eindeckten und auch gleich ein Quartier für die Nacht fanden. An diesem Abend hatte bereits eine Kundgebung mit 4000 Leuten stattgefunden, die von der Polizei brutal mit Knüpperleinsätzen aufgelöst worden war. Unzählige Menschen waren in Haft oder Gewahrsam genommen worden. Erfolgreich

Globalisierung von unten

Buchtipps

Das Buch „Globalisierung von unten“ stellt die Hintergründe und aktuelle Geschichte der Anti-Globalisierungsbewegung dar. Hier wird Kritik an der neoliberalen Vision des Freihandels geübt und anhand von Berichten über Bewegungen und Ereignisse deren Ziele in einen größeren Kontext eingeordnet. Die Beispiele von Paris über Seattle, Genua und New York räumen mit der schwarzweissen Berichterstattung über die Gewalttäter auf.

Ein wesentliches Problem ist die Wahrnehmung der Bewegung in den Medien. Oft wird eine Polarisierung vorgenommen und wie aktuell in Barcelona wird von einer völlig überdimensionierten Zahl von Gewalttätern gesprochen. Einerseits wird eine Bewegung ohne nicht wahrgenommen und andererseits wird versucht, einen großen Teil derjenigen, die sich für etwas engagieren, damit quasi zu disqualifizieren.

Globalisierung im Zeichen des Neoliberalismus bringt Wohlstand für alle, ist eine oft angeführte These der Befürworter des globalen Freihandels. Dass das nicht so sein kann, ist natürlich bereits klar. Aber wo liegt der Unterschied zu dem, was wir bisher hatten? Der Unterschied besteht darin, dass durch den globalen Freihandel die Demokratie jedes einzelnen Staates, so schlecht sie auch sein mag, ausgehebelt wird. Klar erst mal ökonomisch. Doch was soll denn der Staat noch „demokratisch“ regieren, wenn alle für die Menschen lebenswichtigen Ressourcen privatisiert sind? Diese Verwertungslogik bezieht sich inzwischen



auch auf grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Luft und Wasser. Da bleibt nichts mehr übrig. Die Macht über all das, was früher einmal von demokratisch gewählten Parlamenten beschlossen wurde, befindet sich dann in der Hand einiger weniger Weltkonzerne.

Maria Mies: Globalisierung von unten, Der neue Kampf gegen die wirtschaftliche Ungleichheit. Rotbuch Verlag Hamburg 2001, 250 Seiten, EUR 13,50 (ISBN: 3434530843)

rektur meines Eindrucks von der ersten Veranstaltung auch besuchte. Jedoch wurde dieser eher noch verstärkt. Bautz hielt einen – gut vorbereiteten – Vortrag über die Globalisierung im Allgemeinen und die Positionen von ATTAC im Besonderen. Wie er im Anschluss erwähnte und was bei seinem Vortrag nicht zu überhören war, zählt sich zu den Globalisierungskritikern, die zwar die neoliberale Variante der kapitalistischen Globalisierung ablehnen, insgesamt aber nur eine stärkere Regulierung der Globalisierungsprozesse wünschen. So zählte er verschiedene Merkmale und Erscheinungen der Globalisierung auf um dann – schön auf der Folie aufbereitet – die jeweiligen Vor- und Nachteile von Direktinvestitionen, Steuerflucht und Finanzmärkten aufzulisten, ohne auch nur zu erwähnen, für wen das denn gilt. So sah er einen Vorteil der globalisierten Finanzmärkte darin, dass nun Kapital problemlos überall hin transferiert werden könne. Das ist sicher ein Vorteil für die Besitzer von Kapital, aber doch kaum für die Mehrzahl derer, die künftig für diese arbeiten sollen. Direktinvestitionen wurden zur „Chance für die Entwicklungsländer“ geadelt – dass dabei die Chancen eher bei den staatlichen Bürokraten und schmalen Mittelschichten liegen und kaum bei den Frauen, die in den Maquiladoras unter unsäglichen Bedingungen schufteten müssen, vergaß er in seiner Argumentation.

In der Diskussion gab es dann auch heftigen Widerspruch – der allerdings hauptsächlich und sehr vehement von einem „jungen Radikalen“ vorgetragen wurde. Aber dennoch hatte er im wesentlichen recht, wenn er die Attac-Positionen als eher systemstabilisierend, denn als – überwindend kritisierte. Zwar konnte Bautz mit dem Vorwurf kontern, dass die Radikalen auch keine überzeugenderen Perspektiven hätten – für einen wirklich alternativen Politikansatz scheint mir das zu wenig. Die Aufgabe wäre dann doch eher,

gemeinsam über die Schaffung eines solchen nachzudenken, als von vornherein nicht mal mehr die Überwindung des Kapitalismus denken zu wollen. Ob diese gelingt, ist eine ganz andere Frage, aber alle ex-linken Bewegungen von der Sozialdemokratie bis hin zu den Grünen sind wenigstens mit dieser Perspektive angetreten.

Aber auch die immer wieder geäußerte Vorstellung, dass hierzulande, in der „ersten Welt“, vor allem Nutznießer der Globalisierung leben würden, dürfte bei näherer Betrachtung kaum zu halten sein. Sicher ist die Tatsache, dass hier das materielle Lebensniveau höher ist als in der dritten Welt nicht zu leugnen, aber die Schichten, die davon profitieren, werden auch nicht unbedingt grösser. Im Gegenteil, in vielen Städten hierzulande kann man bereits Anzeichen von Verslumung beobachten. Viel wesentlicher dürfte aber dennoch sein, dass das relativ hohe materielle Lebensniveau von einer gesellschaftlichen Desintegration und psychischen Verelendung begleitet ist, deren Auswirkungen in ihrer ganzen Härte wir erst noch zu spüren bekommen werden.

Für Bautz war es vor allem wichtig „in die Medien zu kommen“. Wenn er die Mehrheit bei Attac verkörpern sollte, dann wird Attac sicher zum Greenpeace für die Globalisierungskritiker – gemanagt wie ein Unternehmen und damit Teil des Problems und nicht der Lösung. Bleibt zu hoffen, dass sich im Gründungs- und Diskussionsprozess – es gibt inzwischen mehrere AGs, die sich regelmässig treffen – doch noch Leute zu Wort melden, die etwas weitergehende und kritischere Vorstellungen haben.

Eine andere Welt ist möglich – aber nicht durch die Wiederholung des Immergleichen! cx.

Kontakt zur Attac-Gruppe in Magdeburg:
<http://www.attac-netzwerk.de/magdeburg>
magdeburg@attac-netzwerk.de

Kein Naziaufmarsch in Stadtfeld!

Am 19.1. planten Faschisten (NPD-Kreisverband Magdeburg und „Freie Kräfte“) einen Aufmarsch durch Stadtfeld, das letzte Viertel Magdeburgs, in dem noch Überreste alternativen Lebens zu finden sind. Die Faschisten marschierten unter dem Vorwand, der zivilen Opfer der Bombardierung Magdeburgs am 16. Januar 1945 zu gedenken. Mit „humanitären“ oder „sozialen“ Parolen beklagten die Nazis die deutschen „Opfer“, wetteten gegen den Kriegstreiber USA und versuchten so zu vertuschen, wer die wirklichen Kriegstreiber im 2. Weltkrieg gewesen sind und wer für die Massenvernichtung von Millionen Menschen verantwortlich war.

Angemeldet wurde dieser Aufmarsch von Matthias Güttler, dem Vorsitzenden des KV Magdeburg der NPD. Der Beginn war für 12.00 Uhr am Olvenstedter Platz geplant. Die Route sollte von dort quer durch Stadtfeld zum Westfriedhof, wo sich ein Mahnmal befindet, führen.

Gleichzeitig wurde von linken Gruppen eine Antifa-Demo, beginnend am Schellheimer Platz, angemeldet und vor dem Büro der PDS in der Ebendorfer Strasse fand eine Kundgebung des Bündnis Gegen Rechts (BGR) statt. An beiden Veranstaltungen beteiligten sich jeweils etwa 250-300 Menschen.

Auf dem Olvenstedter Platz versammelten sich ca. 250 Faschisten. Die Marschroute wurde allerdings noch vor Beginn von der Polizei verändert, da es schon im Vorfeld zu Angriffen auf die Nazis kam. Am Olvenstedter Platz hängten AntifaschistInnen ein Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Faschismus“ von einem Häuserdach, von dem aus die Nazis auch mit Farbeiern o.ä. beworfen wurden. Zu Beginn des Marsches flogen Steine und Pyros in den Nazi-Mob, wobei einer verletzt wurde. Ausserdem soll es mehrere Bombendrohungen entlang der Route des Nazi-Aufmarsches gegeben haben.

Die Polizei verlegte dann die Route der Faschisten aus Stadtfeld heraus durch nahezu unbewohnte Strassen zum Westfriedhof in Diesdorf. Von dort aus sollten die Nazis mit öffentlichen Verkehrsmitteln von der Polizei abtransportiert werden. Die Faschisten weigerten sich jedoch und wollten durch Stadtfeld zurückmarschieren. Daraufhin wurden 65 Nazis in Gewahrsam genommen und 88 Platzverweise erteilt.

Auf der Gr. Diesdorfer Str. wurde von AntifaschistInnen eine Barrikade errichtet, um die Nazis aufzuhalten. Diese wurde von der Polizei geräumt, die AntifaschistInnen flüchteten in die nahe gelegene „Ulrike“. Das alternative Projekt wurde dann mehrere Stunden von der Polizei belagert und zusätzlich die Gr. Diesdorfer Str. gesperrt. Nach einer mißglückten Erstürmung der „Ulrike“, zog sich die Polizei zurück und brach den Einsatz ab.

Zwar konnten wir den Nazi-Aufmarsch nicht verhindern, aber können insofern einen kleinen Sieg feiern, als daß wir die Faschisten aus Stadtfeld gedrängt haben. Außerdem haben wir gezeigt, daß wir nicht nur zusehen, sondern Faschisten in unserem Kiez offensiv angreifen & nicht marschieren lassen.

Laut Presse verliefen alle Veranstaltungen bzw. Demonstrationen von Anfang bis Ende ruhig. In Zusammenhang mit Gewalttaten wurden einzig die Geschehnisse in und um die „Ulrike“ gebracht, wobei die dortigen Ereignisse verfälscht dargestellt wurden. Bei den Ereignissen wurden insgesamt 13 AntifaschistInnen von der Polizei in Gewahrsam genommen.

Die NPD gab bereits kurz nach dem Aufmarsch bekannt, daß sie solch einen Aufzug von nun an jedes Jahr durch Stadtfeld veranstalten wollen. Na dann Faschisten, bis nächstes Jahr - wir warten auf Euch!

Dank an alle AntifaschistInnen die nach Magdeburg gekommen sind, um den Nazi-Aufmarsch nicht ungehindert geschehen zu lassen.

den Bevölkerung zu Wort kommen lässt, die auch unter der Militarisierungspolitik der hiezulande oft recht unkritisch betrachteten linken Guerilla FARC zu leiden hat. Jedoch wird dabei eine pauschale Verurteilung vermieden.

Ebenso interessant – und spannend – sind die Vorort-Berichte vom Aufstand in Argentinien im Dezember letzten Jahres, der bis heute – von den hiesigen Medien weitgehend ignoriert – andauert. Dazu gibt es Hintergrundinfos zur Vorgeschichte und zum Verhältnis von Globalisierung und Klassenkampf.

Erwähnenswert sind u.a. noch ein Bericht zur Verschränkung von Afghanistan-Krieg und Öl-Interessen und ein Interview mit der mexikanischen Band „Los de Abajo“ („Die von unten“). Die aktuelle CD der bekennenden Zapatisten („Cybertronic Chilango Power“) ist nun erstmals auch in Deutschland erschienen.



Die Zeitschrift Interim (14 tägiges Berlin-Info) schreibt in ihrer Ausgabe Nr. 544/2002 über Beziehungen. Im Editorial wird diese Ausgabe von den Herausgebern auch als Szene-Bravo bezeichnet. Es wird eine große Vielfalt von Themen behandelt, von Beziehungsvorstellungen und Märchen bis zu Texten zu sexuellen Übergriffen auch in linken Kreisen. Die Rollenbilder und Beziehungsvorstellungen, die im Fernseh vermittelt werden (z.B. in den daily soaps) werden kritisch hinterfragt. Weiterhin steht noch ein mehrseitige Erklärung zu einem Anschlag auf das Sozialamt Reinickendorf in dieser Ausgabe. Diese Ausgabe der Interim bietet einen guten Einstieg zu einer et-

was anderen Sichtweise von Romantischen Zweierbeziehungen.



Das Grüne Blatt (4-2001) berichtet über die Arbeit von Umweltgruppen in und um Magdeburg. Die unterschiedlichen Artikel behandeln u.a. ein in der Entstehung begriffenes weiteres Wohnprojekt, das ökologisch ausgerichtet sein soll und wahrscheinlich in Buckau entsteht. Es wird über das Straßenfest geschrieben, das im Herbst 2001 in Magdeburg stattgefunden hat, ein spannender Leserbrief beschäftigt sich mit einem Artikel in der letzten Ausgabe über rechte Ökologie (Grünes Blatt 3-2001) und es wird darüber berichtet wie der Staat so mit AtomkraftgegnerInnen umzugehen gedenkt. Das Themenspektrum weist aber auch über den Umweltbereich hinaus, so findet sich ein Artikel über die Kriegsdienstverweigerung in Israel.

Anzeige

Macht das Kreuz an die richtige Stelle!

Ja, ich will den Anares-Buchvertrieb unterstützen, damit's auch weiterhin widerstandsfähig, zündende Bücher gibt.

Schickt mit darum die Umstrukturierungs-Infos zur Adresse:

Anares Bremen ist Anares Nord neu!

Anares

Postfach 10 75 10 · D-28075 Bremen
e-mail: anares-nord@gmx.de

Zeitungsschau

Mit ihrer Beilage ("Der Geist von Porto Alegre") zur Zeitschrift Sozialismus 3/2002 ist der Redaktion wieder mal ein guter Wurf gelungen. Neben Beiträgen zur Grundsatz-



diskussion des diesjährigen "Weltsozialforums" im brasilianischen Porto Alegre ist dort eine Diskussion aus der us-amerikanischen linken Zeitschrift "Monthly Review" über die Perspektiven der Linken dokumentiert. Besonders interessant sind dabei die Beiträge des us-amerikanischen Sozialwissenschaftlers Immanuel Wallerstein, der sich mit der aktuellen Situation und Lehren aus der Vergangenheit auseinandersetzt. Er diagnostiziert in der gegenwärtigen Situation erstmals "eine echte systemische Krise". Zum ersten Mal in der 500jährigen Geschichte des Kapitalismus eröffnet sich die Chance eines "fundamentalen Wandels". Ob die Linke diese freilich zu nutzen vermag, kann er auch nicht vorhersagen, ge-

nausogut ist es möglich, dass die Barbarisierung weiter voranschreitet und ein Zeitalter verschärfter Repression beginnt.

In der Vergangenheit ist es den systemfeindlichen Bewegungen (Kommunismus, Sozialdemokratie, Befreiungsnationalismus) fast überall auf der Welt gelungen, die Staatsmacht zu übernehmen. Die Erlangung der Macht war aber überall mit einem Scheitern ihrer ursprünglichen Ziele verbunden. Daraus erwachsen aber auch Chancen für eine sich derzeit in Ansätzen formierende neue Bewegung, sofern sie aus dem Scheitern der alten Linken lernt. Wallerstein plädiert für eine gründliche Analyse der bestehenden Situation und – teilweise dieser vorgreifend – für eine Strategie des konsequenten Vorantreibens von Demokratisierungstendenzen und einen konsequenten Antirassismus. Die Linke darf sich nicht wieder auf die Angebote der Herrschenden zur Teilhabe an der Macht einlassen (gleichwohl er für eine "defensive Teilnahme am Wahlkampf" plädiert), sondern muss konsequent ihr Projekt der umfassenden Demokratisierung aller Bereiche voranbringen.

Weitere Beiträge, wie z.B. eine Kritik der Redaktion der "Monthly Review" an Wallersteins Thesen, runden das Heft ab.

Die aktuellen Ausgabe (# 252) der "Informationsstelle Lateinamerika" hat diesmal die Situation zweier aktueller Brennpunkte in Lateinamerika zum Thema: Kolumbien und Argentinien. Hervorhebenswert ist dabei, dass die Redaktion bei der Auswahl der Texte vor allem AktivistInnen der im Konfliktgebiet leben-



Zitate des Quartals

Die Aufgabe besteht nicht einfach darin, Meinungen zu äußern, seien sie auch edel und progressiv, sondern darin, ein möglichst authentisches Bild der Realität zu liefern - und damit auch raisons d'agir, Gründe zum Handeln.

Der im Januar verstorbene frz. Sozialwissenschaftler Pierre Bourdieu im Nov. 2001 (Sozialismus 2/2002)

Wenn man kämpft und sich dabei langweilt, sollte man besser aufhören.

José Bové in „Revolte eines Bauern“

Vom Standpunkt der Menschenrechte aus gesehen ist das, was geschehen ist, abscheulich.

Der UN-Koordinator für Süd-Afghanistan, Leslie Oqvist zu den US-Luftangriffen auf zivile Ziele in Afghanistan (JW 23/24.2.02)

Das Schlüsselproblem ist nicht Organisation, so wichtig sie auch sein mag. Das Schlüsselproblem ist Klarheit.

Der us-amerikanische Sozialwissenschaftler Immanuel Wallerstein über die aktuellen Aufgaben der Linken (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2002)

Das Recht auf Ausreise hat keinen Wert, solange man woanders nicht einreisen kann.

I. Wallerstein zur Unterstützung der Forderung nach offenen Grenzen für alle (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2002)

Denn es kannte nun die Servilität keine Grenzen mehr, es konnte der Kanzler gar nicht so viel speicheln, wie die Schriftsteller Speichel lecken wollten, und beinahe hätten sie den ganzen Kanzler weggeleckt. Wir aber hatten unsere Lektion gelernt. Was kommt

hinter der intellektuellen Fassade der alten Achtundsechziger zutage, wenn der Lack ab ist und die Macht gute Laune hat? Der Untertanengeist. So ist die Berliner Republik.

Robin Detje in der Süddeutschen Zeitung vom 1.3.2002

Der Sozialismus ist nirgendwo mehr vertreten, weder auf der israelischen, noch auf der palästinensischen Seite. Diejenigen, die nur aus diesem Grund die eine oder andere Seite unterstützen, machen einen Fehler oder habe die Lage hier völlig mißverstanden.

Moshe Zimmermann, Professor für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem, Jungle World 12/02

Die Sicherheit ist auch in Sachsen-Anhalt ein Schwerpunktthema. Die jüngsten Angriffe linksradikaler Chaoten auf Mitglieder unserer Partei zeigen doch, dass man sich nicht sicher fühlen kann.

Der vergnatzte Hamburger Rechtsexperte Ronald Schill im "Magdeburger Sonntag" vom 17.3.02

Ob Bin Laden nun der meistgesuchte Teufel oder doch nur ein durchgeknallter CIA-Agent ist, ist nicht geklärt.

Konstantin Wecker am 2.3.02 im AMO

Linke Gesinnung allein ist keine ausreichende Qualifikation, um eine Zeitung zu machen. (...) Leider wird immer noch Betroffenheitslyrik mit Journalismus verwechselt. (...) Sich als „links“ zu verstehen, sollte Resultat analytischer Erkenntnis und weniger der „Betroffenheit“ sein.

Aus einem Interview mit einem Organisator der Medienkonferenz „Journalismus zwischen Kriegspropaganda und Friedenskultur“ in der Jungen Welt vom 12.1.02

Die Demokratie auf der Strasse

Der Aufstand des argentinischen Volkes.

Von Eduardo J. Vior

Der Aufstand des argentinischen Volkes am 19.-20.12.01 setzte einen Wendepunkt in der Geschichte des Landes und womöglich auch in der Lateinamerika: Nach zwanzig Jahren aufgezwungenem Neoliberalismus übernahmen die Bürger die Lösung ihrer dringenden Probleme in die eigenen Hände. Die Straßenblockaden, das „Töpfe-Schlagen“ und die regelmäßigen Nachbarschaftsversammlungen sind die wichtigsten Formen der Selbstorganisation der Bevölkerung.

Jedoch zeigen sich heute bereits auch die Grenzen dieser spontanen Bewegung: Der Raub der Bankersparnisse durch die privaten Banken, die durch die Peso-Abwertung

erlittenen Wertverluste und die aufkommende Inflation versetzten den Großteil der Bevölkerung in blanke Not. Der Kampf ums Überleben entzieht der Suche nach solidarischen Lösungen maßgebliche Energien. Die vom IWF verlangte Verschärfung der Sparmaßnahmen spitzt die existenziellen Bedrohungen noch zu. Zudem droht das realitätsferne Verhalten der (hauptsächlich trotzkistischen) Ultralinken, die Bewegung zu demobilisieren. Aber auch Medien und Beamte warnen ständig vor „gewaltsamen Übertreibungen“ - gemeint sind damit auch das „Töpfe-Schlagen“ und die Versammlungen. Daher ist zu befürchten, dass bei greifbaren Zugeständnissen an die Protestierenden sich sehr viele Menschen wieder ins Privatleben zurückziehen werden.

Waren daher der Ausbruch der Wut des Volkes und die drei Monate der Selbstorganisation nur eine Episode? Aus der Entfernung heraus können wir keine Voraussagen machen. Aber wir können die gesellschaftlichen und politischen Merkmale der Massenmobilisierung darstellen, ihre Entwicklungstendenzen zu erklären versuchen und Entwicklungsalternativen aufzeigen.

Um Mißverständnisse vorzubeugen, muss man vorweg zwei Sachen klarstellen. Zum einen war der Aufstand des argentinischen Volkes keine revolutionäre Bewegung, sondern ein lauter Protest der Mittelschichten gegen die willkürliche Sperrung der privaten Bankkonten verbunden mit dem verzweifelten Verlangen nach Brot und Arbeit der städtischen Armen. Zum anderen wur-

Federführung entwickelte sich der „Hafenarbeiter“ zu einem der radikalsten deutschen Gewerkschaftsblätter. Der Magdeburger nahm an allen Sitzungen des Vorstandes teil und führte das Blatt in enger Übereinstimmung mit diesem. Görlitz galt bald im Hamburger Hafen als der „beliebteste Kollege und Redner“. Sein charismatischer Einfluß auf die angelehrten Arbeiter blieb bis zu seinem Tode ungebrochen. Bis 1908 konnte er die Auflage des Blattes auf 35.000 Exemplare steigern. Görlitz verbannte Annoncen aus dem Mitgliederorgan, gleichzeitig präsentierte er den klassischen sozialistischen Bildungskanon (namhafte Schriftsteller, populär gehaltene naturwissenschaftliche und historische Aufsätze).

Görlitz mußte sich in Stettin erster innergewerkschaftlicher Angriffe erwehren, da er im „Hafenarbeiter“ für den linken Parteiflügel innerhalb der Sozialdemokratie das Wort ergriffen hatte. Auf der Konferenz der Zentralvorstände der freigewerkschaftlichen Verbände der Eisenbahner, Hafenarbeiter, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Maschinisten, Heizer und Seeleute vom 7. bis 8. September 1906 plädierte der Redakteur des „Hafenarbeiters“ aus politisch-pädagogischen Gründen für ein einheitliches Gesamtorgan des geplanten Einheitsverbandes. Görlitz war heftigen Verfolgungen ausgesetzt. Im Juni 1905 wurde er wegen Beleidigung eines Meißener Schiffseigners und Kohlenhändlers zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Im April 1906 verhängte das Landgericht Hamburg eine sechsmonatige Gefängnisstrafe wegen eines Artikels im „Hafenarbeiter“ („Menschenopfer und Ungezieferplage“), der Betriebsunfälle im Hamburger Hafen geißelte. Das Leipziger Reichsgericht kassierte im März 1907 das Urteil wegen prozessualer Verstöße. Jedoch wurde er wegen eines Kommen-

tares („Ein Bürgertum, das so jämmerlich sich wälzt, das im Sumpfe des Byzantinismus sich wälzt, sich in der ekelhaftesten Weise entmannt und politischen Fatzken nachläuft, ist nicht mehr imstande, Nährkraft für sein Volk hervorzubringen.“) zur Reichstagswahl erneut zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat vor dem Hamburger Landgericht verurteilt. Weitere Anklagen endeten mit Freispruch oder mit Geldstrafen.

Der 10. Verbandstag vom 11. bis 15. Mai 1908 in Hamburg, auf dem Görlitz nicht teilnehmen konnte, dokumentierte erste Dissonanzen zwischen dem Vorsitzenden Johann Döring und seinem Redakteur. Döring war offensichtlich nicht mehr bereit, die radikale Sprache des Verbandsorgans zu akzeptieren. Seit 1907 zeigten sich bei Görlitz Symptome einer schweren Krankheit. Das Glückstädter Gefängnis verließ Görlitz 1908 als gebrochener Mann. Er konnte danach seine Arbeit nicht wieder aufnehmen. Carl Görlitz starb am 30. Juli 1908 bei seinen Eltern in Magdeburg an Magenkrebs. Seine Beerdigung am 2. August 1908 in Hamburg gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Massendemonstration aller Sektionen und Mitgliedschaften der Hamburger Hafenarbeiter.

Der vorliegende Artikel basiert auf einem Text, den wir auf den WWW-Seiten der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ gefunden haben. (<http://www.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205d13.htm>) Wenn Euch Quellen aus der linksradikalen Geschichte der Magdeburger Region zur Verfügung stehen sollten - wir sind immer an solchen Materialien interessiert. Ihr könnt natürlich auch selbst einen Beitrag zu unser Rubrik „Regionalgeschichte“ schreiben.



Ein Mensch, ein Revolutionär, ein Radikaler

Carl Görlitz, ein Anarchist aus Magdeburg

Carl Görlitz wurde am 24. Dezember 1865 in Magdeburg als Sohn eines Baggerers geboren. Er wurde von seinen Eltern protestantisch erzogen. Von 1885–86 leistete er Militärdienst als Landwehrmann. Anschließend arbeitete er im Magdeburger Hafen und wohnte von 1887 bis 1894 in der Alten Neustadt von Magdeburg. Görlitz galt in Magdeburg als stiller und verschlossener Autodidakt, der in seiner Heimatstadt politisch zur innersozialdemokratischen Opposition – den sogenannten „Jungen“ (aus denen später u.a. die syndikalistischen Gewerkschaften hervorgingen) – hielt. Der Magdeburger antiautoritäre Linksozialismus prägte den Hafearbeiter entscheidend. Er arbeitete an Gustav Landauers Zeitschrift „Sozialist“ mit. Die ihn überwachende Polizei stufte ihn als militanten Anarchisten ein. 1896, nach dem großen Hamburger Hafearbeiterstreik, trat Görlitz dem „Verband der Hafearbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“ bei und gründete mit einer Handvoll Gleichgesinnter der Sektion in der preußischen Provinz Sachsen.

Zu Beginn des Jahres 1897 wurde er zum Vorsitzenden der Magdeburger Filiale gewählt. Görlitz artikulierte als anerkannter Sprecher der Magdeburger Speicherarbeiter die Proteste gegen die Arbeitsbedingungen in den „Salpeterminen“ und griff die Magdeburger Stadtverwaltung in Wort und Schrift mit unerbittlicher Schärfe an. Er initiierte zudem verschiedene Lohnbewegungen der Elb- und Hafearbeiter. Seine Agitation gewann dadurch an besonderer Sprengkraft, weil er Arbeits- und Wohn-

bedingungen gleichermaßen zum Ziel seiner Angriffe machte. Am 8. Januar 1898 wurde er vom Magdeburger Landgericht wegen Beleidigung des heimischen Oberbürgermeisters zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Haftentlassung verwehrte ihm die Magdeburger Stadtverwaltung jeden Zutritt zu Arbeitsplätzen städtischer Betriebe. Im Juni 1900 verzog der Magdeburger nach Hamburg. Görlitz löste sich um die Jahrhundertwende vom libertären Milieu und brach den persönlichen und organisatorischen Kontakt zum deutschsprachigen Anarchismus ab. Im August 1900 siedelte Görlitz nach Berlin über und arbeitete in einer Möbelfabrik als Polierer.

Nach dem Bankrott seiner alten Firma verdingte er sich zeitweise als Hausdiener. Von März bis August 1903 versuchte er wieder in Magdeburg Fuß zu fassen. Im August 1903 kehrte er erneut nach Hamburg zurück und übernahm nach einem kurzen Zwischenspiel als Packer in einem Speditionsgeschäft am 1. September 1903 die redaktionelle Leitung des „Hafearbeiters“. Seine Anstellung erfolgte durch die Vermittlung des Magdeburger Gauleiters Adolf Decker, der den belesenen Autodidakten dem Verbandsvorstand der organisierten Hafearbeiter empfahl. Nach dem Beschluß der 7. ordentlichen Generalversammlung im Januar 1902, einen besoldeten Redakteur einzustellen, hatte der „Verband der Hafearbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“ mit zwei angestellten Redakteuren zunächst „Pech“, ehe mit Görlitz ein Redakteur neuen Typs einzog. Unter seiner

de durch die Zahlungsunfähigkeit des Landes die staatliche Zentralverwaltung und der Markt lahm gelegt. Durch die Nachbarschaftsversammlungen versucht nun das Volk, die Lösung der unmittelbarsten Probleme in die eigenen Hände zu nehmen. Die Selbstorganisa-

tion der Bevölkerung entspringt zwar geschichtlichen Erfahrungen, aber wird erst durch die Notlage aktuell und ist an deren Lösung gekoppelt.

Dass die Initiativen von unten einer Umgehung der staatlichen Autorität gleichkommen, entgeht vor dem Erfahrungshintergrund des argentinischen Volkes keinem. Die Erinnerung an die Diktatur von 1976 bis 1983 wirkt aber fort und kein vernünftiger Mensch traut sich offen die Gehorsamsverweigerung zu proklamieren. Der erste Widerspruch der gegenwärtigen Kämpfe in Argentinien ist folglich der zwischen der rebellischen Tat und dem sie begleitenden, gleichwohl verschweigenden öffentlichen Bewusstsein.

Der zweite Gegensatz ergibt sich zwischen den unterschiedlichen Interessen der an der Bewegung beteiligten Volksschichten: Die gespaltene und geschwächte Arbeiterbewegung bleibt zum größten Teil der Mobilisierung fern. Nur die CTA (Central de los Trabajadores Argentinos – Zentrale der Argentinischen Arbeiter) nimmt an führender Stelle daran teil. Bereits seit fast einem Jahr



leitet die in ihr organisierte “Föderation für Grund und Wohnen” (FTV, Basisorganisation der städtischen Ärmsten) zusammen mit der klassenkämpferischen Strömung (CCC) die Straßenblockaden (“piquetes”) der Arbeitslosen. Die städtischen Armen kämpfen um Brot und minimale Jobs (über 50% der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, 30% sogar in absoluter Armut), aber sie sind schwach organisiert und finden schwer Gehör in den monopolistisch organisierten Medien.

Erst seit August letzten Jahres unterstützen große Teile der Mittelschichten den Kampf der Straßenblockierer. Dieses Aktionsbündnis stellt ein ganz neues Phänomen in der argentinischen Geschichte dar. Unter den protestierenden Mittelschichten befinden sich viele gemäßigte Linke und Linksliberale, aber der Zünder für ihre breite Mobilisierung wurde erst durch das Einfrieren der Bankkonten Anfang Dezember 2001 gelegt. Einigen von ihnen bringt jedoch die steigende Inflation und der Devisenschwarzmarkt durchaus Vorteile. Daher ist mit ihrem Rückzug in das “Ge-



schäftsleben“ rechnen. Mag zwar der aufgeklärte Teil der hauptstädtischen Mittelschichten in der Bewegung bleiben, so neigen sie im Grunde genommen zur Mäßigung und liberaldemokratischen Legalität und werden bei einer Radikalisierung der Bewegung bzw. einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen mit Polizei und Gendarmerie kaum mitmachen.

Die Bewegung beschränkt sich vorerst auf den Großraum Buenos Aires, in dem ein Drittel der Landesbevölkerung lebt, der jedoch eine nicht immer wohlgeleitene Sonderrolle im Land einnimmt. In den wichtigsten Städten im Landesinneren gab es bislang keine vergleichbare Massenmobilisierungen, was unter anderem der Kontrolle der öffentlichen Meinung durch die Zeitung “Clarín” und die privaten Fernsehsender sowie der Angst vor den üblichen Strafmaßnahmen der Sicherheitskräfte zuzuschreiben ist.

Es besteht keine einheitlich anerkannte Führung der Massenmobilisierung. Genau so fehlen vertrauenserweckende Massenorganisationen und erfahrene mittlere Führungen. Eine wichtige Ausnahme stellt die “Front gegen die Armut” (Frente Nacional contra la Pobreza, FRENAPPO), ein von der CTA initiiertes Zusammenschluss unterschiedlicher sozialer und Menschenrechtsorganisationen, dar, der Anfang Dezember ein informales Volksbegehren für die Einführung eines Bürgergeldes von 350 Dollar organisierte, für das vier Millionen Menschen mit ihrer Unterschrift votierten. Diese kann aber nicht die gesamte Last der Organisation tragen.

Auf der anderen Seite setzte der Aufstand viele ehemalige linke und peronistische Aktivisten wieder in Bewegung, welche diese neuen Kämpfe in die jahrhundertlange Kampftradition des argentinischen Volkes einordnen und dadurch das historische Gedächtnis des Volkes neu erwecken können.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass der Aufstand des argentinischen Volkes einen Bruch in der autoritären Praxis des Neoliberalismus darstellt, dieser Bruch aber bislang eher im Handeln als im Bewusstsein stattgefunden hat. Nur, wenn die Bewegung ihr Bewusstsein in und aus der Praxis weiter entwickelt, ihre Aktions-einheit bewahrt und diese organisatorisch festigt, an der Selbstorganisation bei der Suche nach praktischen Lösungen für die Nöte des Volkes festhält und institutionelle wie internationale Bündnisse schließt, kann sie sich eine langfristige Perspektive erarbeiten. Angesichts der allgegenwärtigen Provokation der inländischen und ausländischen Geheimdienste und der Angst schürenden Kampagnen der Medien und Beamten ist mit radikale Parolen äußerst vorsichtig umzugehen, jeder bürokratischen Ersatz

für die Selbstorganisation der Massen ist politisch zu bekämpfen.

Was kann man vom Ausland her machen?

1. Öffentlichkeit für den Kampf des argentinischen Volkes schaffen. Die Medienlüge, es handle sich bei der argentinischen Krise um eine Frage der Regierungs-unfähigkeit und der Korruption, muss denunziert werden. Beide Aspekte sind zwar vorhanden, aber sie wirken nur durch die jahrzehntenlang aufgezwungene spekulative Wirtschaftspolitik des IWF und der internationalen Banken so schwerwiegend. Die neoliberale Ideologie trägt die Hauptverantwortung für Armut und Unterdrückung und läuft der Idee der Demokratie zuwider.

2. Die alltägliche Solidarität organisieren. So wurde durch landesweite Hilfskampagnen in Spanien vielen Menschen die Verstrickungen der spanischen Banken bewußt. Hilfsaktionen ermöglichen den Kontakt und



die Diskussion mit Menschen, die sich sonst nicht für Politik interessieren.

3. Soziale und politische Unterstützungsbündnisse organisieren. VertreterInnen der politischen und sozialen Volksorganisationen Argentiniens müssen nach Europa eingeladen werden, damit sie die Öffentlichkeit aufklären und Kontakte zu Regierungen, Parteien und Organisationen aufnehmen. Dabei ist sowohl emotionale wie materielle Unterstützung im Kampf gegen die Not besonders wichtig.

Gelingt es uns, die internationale Isolierung der argentinischen Bewegung zu brechen, kann diese weittragende Zeichen setzen: Der Neoliberalismus ist keine Naturkatastrophe, sondern eine reaktionäre Ideologie, die bekämpft werden muss und kann. Die Alternative ist, den Völkern die Entscheidungsbefugnis über Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zurückzugeben.

